

Ziele & Ideen & Diskussionen & Neuorientierung.

Bericht der Arbeitsgruppe
„Inhaltliche Erneuerung“ der SPD Thüringen
vom 21. Oktober 2018

www.spd-thueringen.de

Inhalt

Vorwort	3
1. Finanzen	4
2. Ländlicher Raum.....	6
3. Umwelt und Klima.....	11
4. Digitalisierung und Arbeit 4.0.....	13
5. Innere Sicherheit und Justiz	14
6. Sozialpolitik.....	16
7. Arbeit und Lohn.....	18
8. Arbeitslosenversicherung	20
9. Demokratie und Strategien gegen Rechts	22
10. Jugendpolitik.....	24
11. Rente.....	25
12. Kultur.....	27
13. Bildung	30
14. Wohnen.....	32
15. Gesundheit	33
16. Hochschule.....	35
17. Migration.....	38
18. Verwaltung.....	41
19. Protokolle der Regionalforen	43
Gera, 18.08.2018.....	43
Gotha, 22.08.2018.....	44
Nordhausen, 24.08.2018.....	45
Suhl, 01.09.2018	46

Vorwort

Die Sozialdemokratie wird derzeit fast immer mit einem Narrativ des Alterns und des Verlierens verknüpft. Viele Wahlergebnisse der vergangenen Monate mögen das untermauern, aber Wahlergebnisse sind im Gegensatz zu anderen Parteien nie das gewesen, was uns als Genossinnen und Genossen zusammenführt hat. Unser gemeinsames Ziel ist und bleibt eine Gesellschaft in der Demokratie und Soziale Gerechtigkeit die obersten Maxime sind.

In einer globalisierten und unübersichtlich gewordenen Welt, in der sich viele Fachthemen so weit verzweigen, dass es kaum möglich scheint den Überblick zu behalten, ist es deshalb entscheidend immer wieder einen gemeinsamen, politischen Anspruch zu formulieren, statt technokratisch vor sich hin zu regieren oder angeblichen Sachzwängen zu folgen. Unsere politischen Maxime helfen uns Ideen zu entwickeln, diese werden mithilfe unserer zahlreichen Expertinnen und Experten zu konkreten Maßnahmen und mit diesen wollen wir dieses Land verändern. Dafür braucht es alle in der Partei – vom Ortsverein bis zur Parlamentsbank.

In Thüringen haben wir mit der AG „Inhaltliche Neuorientierung“ einen Prozess aufgesetzt, der Euch die Möglichkeit geben soll, Ideen und Meinungen einzubringen und auszutauschen. Dazu haben wir unsere Spezialisten gebeten Debattenbeiträge zu verfassen, die dann in 4 Regionalforen diskutiert werden konnten. Diese Foren, die alle Thüringer Regionen abgedeckt haben, waren gut besucht. Es wurde dort nicht nur deutlich, dass es an vielen Stellen Diskussionsbedarf gibt, sondern auch welche Themen gerade die höchste Priorität für unsere Basis haben. Mit unserer AG haben wir zudem eine Verbindung zum Erneuerungsprozess der Bundespartei geschaffen, der demnächst mit Debattencamps weitergeführt wird.

Der vorliegende Bericht dokumentiert unsere Ziele, Ideen und Maßnahmen für Thüringen. Er ist ein lebendes Dokument, an dem weiterhin gearbeitet wird. Wir möchten uns allerdings schon an dieser Stelle bei allen bedanken, die mitgewirkt haben. Die Verfasser der Debattenbeiträge, die Diskutanten vor Ort und diejenigen, die sich digital beteiligt haben. Ihr beweist, dass die Sozialdemokratie lebendig ist, dass sie gute Ideen hat und dass sie damit auch in der Lage ist gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen, um ihre Ideen umzusetzen.

Matthias & Georg

1. Finanzen

„SOLIDE FINANZEN SCHAFFEN DEN GESTALTUNGSSPIELRAUM VON MORGEN“

Hartmut Schubert / Werner Pidde

Wo wir stehen:

Verantwortungsvolle Finanzpolitik bringt Zukunftsinvestitionen und einen sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln in einen harmonischen Einklang. In einer Strategie der finanzpolitischen Vernunft, einem Dreiklang aus Zukunftsinvestitionen, Sparen und Einnahmeverbesserungen, sehen wir den Schlüssel für eine solide SPD-Finanzpolitik in Thüringen. Klare Prioritätensetzungen und eine planmäßige Begrenzung der Ausgaben schaffen die notwendigen Gestaltungs- und Spielräume für künftige sozialdemokratische Akzente in der Landespolitik.

Aktuelle Überlegungen für steigende Ausgaben des Landes werden perspektivisch durch mögliche Einnahmerückgänge in Frage gestellt. Das Jahr 2020 wird dabei mit wegfallenden Einnahmen aus dem Solidarpakt II sowie den EU-Fördermitteln zum Maßstab für das kommende Jahrzehnt. Zusätzlich haben aktuelle Konjunkturprognosen die Aussichten bereits nach unten korrigiert und sprechen von einem Ende der boomenden Hochkonjunktur. Folglich können die Steuereinnahmen zurückgehen oder sich bestenfalls verstetigen. Erste Indikatoren, wie die US-Leitzinserhöhungen und die steigende Inflationsrate in der EU weisen zusätzlich auf perspektivisch steigende Zinsen hin. Damit würden aktuelle Zinseinsparungen Thüringens (2016 rund 66 Mio. Euro) in Teilen negiert. Ab 2020 beginnt die Schuldenbremse zu greifen und schränkt den Handlungsspielraum der Fiskalpolitik weiter ein.

Eine Mischung aus Investitionen, Zukunftsplanung und Schuldentilgung ist die beste Vorsorge. Auf Initiative der SPD ist es in dieser Legislatur gelungen, mit dem Nachhaltigkeitsmodell eine kontinuierliche Schuldentilgung gesetzlich zu verankern und insgesamt eine Milliarde Euro an Altschulden zu tilgen. Zusätzlich wird die Rücklage zum Ausgleich konjunktureller Schwankungen mindestens auf dem hohen Niveau von 2014 Bestand haben. Nur durch anhaltend solides Haushalten und eine klare Priorisierung entstehen Freiräume für die Umsetzung künftiger sozialdemokratischer Leitthemen.

Unsere Ziele:

Weiterer Schuldenabbau: Gemessen an der konjunkturellen Entwicklung müssen die Anstrengungen für eine Senkung der Landesschulden über die kommende Legislatur hinweg beibehalten werden. Das Nachhaltigkeitsmodell bildet mit seiner aufwachsenden Tilgung eine gute Grundlage dafür. Die Absenkung der Schuldenlast ermöglicht finanzielle Spielräume auch für kommende Generationen.

Investitionsquote erhöhen / Förderprogramme überprüfen: Derzeit ist der Mittelabfluss von Investitionsprogrammen verbesserungswürdig. Geplante Investitionsvorhaben scheitern an zu

umfangreichen und starren Vergaberegeln. Zusätzlich sind aufgrund der guten Konjunktur ausreichend private Aufträge auf dem Markt, so dass öffentliche Vorhaben oftmals unattraktiv wirken. Ziel muss es zukünftig sein, bestehende Förderprogramme inhaltlich am tatsächlichen Bedarf auszurichten, Vergaberegeln auf wichtige und notwendige Reglementierungen zu beschränken und realistische Planungen vorzunehmen. Investitionsprogramme dürfen nicht durch bürokratische Anforderungen überlastet und unattraktiv werden. Nur dann können sozialdemokratische Investitionsversprechen auch tatsächlich umgesetzt und politisch belegt werden. Streichung von Förderprogrammen, bei denen Aufwand und Nutzen unverhältnismäßig sind. Zur fiskalischen Verstärkung dieses Feldes müssen Mittel des Bundes und der EU, dort wo es im Interesse des Landes liegt bestmöglich ausgeschöpft und ko-finanziert werden. Das trifft beispielsweise auf den Ausbau der Glasfaserinfrastruktur, die Einführung eines weiteren beitragsfreien Kitajahres, der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen und Schulsanierungen zu. Ziel der Verhandlungen mit dem Bund über zusätzliche finanzielle Mittel sollte immer die freie Entscheidung des Freistaates über den Einsatz der Mittel sein.

Steuersenkungen vermeiden: Mögliche Steuersenkungen müssen immer vor dem Hintergrund der dadurch entstehenden Einnahmeverluste betrachtet und einer intensiven Kosten-Nutzen Abwägung unterzogen werden. Sinkende Landessteuern engen den Gestaltungsspielraum ein. Nur wenn eine Steuersenkung zur tatsächlichen Entlastung einer breiten Bevölkerungsschicht beiträgt, kann ein politischer Nutzengewinn abgeleitet werden.

Unsere Ideen:

Wir stehen für eine solide Finanzpolitik mit Augenmaß und einer klaren Schwerpunktsetzung. Wir setzen auf Investitionen in wichtige Zukunftsfelder. Wir werden Schulden tilgen, Zukunftsinvestitionen tätigen, finanziell vorsorgen und die Rahmenbedingungen für zusätzliche Steuereinnahmen verbessern. Das sichert die Handlungsfähigkeit und Attraktivität Thüringens für kommende Generationen. Die SPD ist der Garant für eine Haushaltspolitik des soliden Wirtschaftens und klarer Zukunftsplanung.

- Gesetzlich fixierte Konjunkturausgleichsrücklage – eine regelgebundene Rücklage sichert die (politische) Handlungsfähigkeit in konjunkturell schwächeren Zeiten
- Steuerpolitik – mit Transparenz für Gerechtigkeit sorgen - der Ehrliche darf nicht der Dumme sein - Steuerrecht durchsetzen (Betriebsprüfung/Steuerfahndung)
- Länderzusammenarbeit weiter ausbauen, um Effizienz- und Kostenvorteile weiter zu steigern
- Klare Prioritätensetzung in der Förderung – Programme effizient und transparent gestalten
- Keine Sonderlasten oder -vermögen für politisch fragwürdige Projekte (z.B. Abschaffung Straßenausbaubeiträge) im Haushalt schaffen

2. Ländlicher Raum

GUT LEBEN AUF DEM LAND – EIN BEKENNTNIS DER SPD THÜRINGEN ZU DEN LÄNDLICHEN REGIONEN THÜRINGENS

Dagmar Becker / Robert Geheeb

Wo wir stehen:

Thüringen ist zum Großteil ländlicher Raum. Ausgenommen werden kann davon nur das Zentrum Thüringens, d.h. die Städte Erfurt, Weimar und Jena.

Generell kann man sagen, dass die Dörfer und Kleinstädte Thüringens einem immensen Wandel unterliegen, der einen Anpassungsdruck erzeugt. Dieser Wandel ist Chance und Gefahr zugleich. Ob er eine Gefahr darstellt, kann nicht allgemein, sondern nur konkret vor Ort beantwortet werden.

Klar ist: es gibt Dörfer und Kleinstädte, die lebensfähig sind und bleiben werden, den Wandel gut managen und sich bietende Chancen gut nutzen. Gleichzeitig ist aber auch ersichtlich, dass die demografische Entwicklung, geprägt von Abwanderung und stetigem Bevölkerungsrückgang, viele ländlichen Regionen vor große Probleme stellt, dass die Lebensqualität in einer Vielzahl von Orten mehr und mehr abnimmt und sie damit in ihrer Existenz und ihrem Fortbestand bedroht sind und immer unattraktiver werden.

Schlimmstenfalls droht in diesen Orten das folgende Szenario:

„Der Preis, den alle zahlen, ist die Verödung von Ortskernen und ganzen Landstrichen, in denen es an vielem fehlt: nahe gelegenen Arztpraxen, Kindergärten und Seniorenheimen, Wirtshäusern und Kinos, schnellem Internet und Tante-Emma-Läden.“¹

Zum Schwarzmalen ist es noch zu früh, aber der Anpassungs- und Gestaltungsdruck ist überall da – und er ist groß, d.h. es muss eine Menge passieren, um diese Orte lebenswert zu halten. Engagement vor Ort ist dabei genauso gefragt, wie der Staat, der für bessere Rahmenbedingungen sorgen muss. Die sich augenscheinlich vergrößernden Attraktivitätsunterschiede zwischen den (durchaus auch kleineren) Zentren und den ländlichen Regionen verschärfen dabei die Probleme sowohl in den Zentren (Wohnungsmangel, hohe Mieten, fehlende Kita- und Schulplätze, übernutzter ÖPNV etc.) als auch im ländlichen Raum.

Ein Umsteuern erscheint auch vor dem Hintergrund ratsam, dass die Rahmenbedingungen für Kommunen in Thüringen im Ländervergleich deutlich schlechter sind als in anderen Bundesländern. Dies hängt u.a. damit zusammen, dass das Aufgabenspektrum relativ schmal ist, dass die finanziellen Spielräume geringer sind und sich nach wie vor viele Kommunen in der Haushaltssicherung befinden. Dies führt dazu, dass Kommunen oft als Bittsteller ggü. dem Land auftreten (müssen) – und das hohe Gut der kommunalen Selbstverwaltung teilweise kaum mehr

¹ Claus Leggewie, Die verheerenden Folgen des Immobilien-Wahnsinns in: Handelsblatt, 11.09.2017.

als eine leere Hülle ist, insbesondere in den haushaltsgescherten Kommunen. Auch sind die sog. freiwilligen Aufgaben insgesamt auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Es stellt sich auch die Frage, ob die Unterscheidung zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben unter regionalwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragestellungen wirklich zielführend ist. Es muss konstatiert werden, dass v.a. Kommunen in der Haushaltssicherung kaum in der Lage sind, für ein attraktives Lebensumfeld ihrer Einwohner und für die Daseinsvorsorge insgesamt zu sorgen.

Auch gibt es in sehr kleinen Orten oft nicht einen einzigen Arbeitsplatz vor Ort. Dies ist besonders für die Tageseinsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr ein Problem – aber natürlich auch hinsichtlich der staatlichen Aufgabenerfüllung, der Ordnung und Sauberkeit, der Ansprechbarkeit staatlicher Organe. In letzter Konsequenz ist dies auch insbes. hinsichtlich des gesellschaftlichen Zusammenhalts kontraproduktiv.

Zudem sind die Verwaltungen auch und vor allem auf der Ebene der Kommunen oft damit beschäftigt, mit anderen Verwaltungen zu kommunizieren. Komplizierte Anträge und Formulare, Statistiken, Beteiligungsverfahren etc. rauben Zeit – und das obwohl die Einflussmöglichkeiten z.T. sehr begrenzt sind. Auch diese Zeit fehlt für den direkten Kontakt mit den Bürgern. Und das in einer Zeit, in der Fakten nicht zählen und mit Emotionen Politik gemacht wird. Wie dieser gesellschaftspolitische Sprengstoff sich auf die politische Landschaft auswirkt, diesen Test sollten wir nicht ernsthaft durchführen. Zumal sich im Osten Deutschlands vielerorts ein Gefühl des „abgehängt seins“ breit macht – und mit einer breiten Reformmüdigkeit einhergeht.

Weitere Probleme im ländlichen Raum Thüringens seien nur cursorisch und nicht abschließend erwähnt:

- eine Abwasserpolitik, die den ländlichen Raum aufgrund der zurückgehenden Fördermittel und dem teilweisen Ausschluss aus den solidarisch finanzierten Zweckverbänden benachteiligt,
- eine Infrastrukturpolitik, die klar die Zentren bevorzugt (und im Fall der ICE-Anbindung Erfurts sogar für große Teil des ländlichen Raumes handfeste Verschlechterungen mit sich bringt),
- Leerstand/verödete Ortskerne sorgen für zunehmende Unattraktivität
- Mobilität ohne PKW (trifft v.a. die ganz alten) existiert nicht, wenn überhaupt besteht der ÖPNV aus dem Schulbusverkehr
- fehlende Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren, da die Freiwilligen Feuerwehrleute nicht vor Ort arbeiten,
- Wohnproblematik „allein im Alter auf dem 4-Seiten-Hof“.

Demgegenüber steht die Erwartung der Menschen, dass „die Politik“ auch für Sie da ist. Und die Menschen im ländlichen Raum erwarten zu Recht attraktive Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen, die denen der großen Städte nicht unbedingt gleichen, aber eben doch gleichwertig sind.

Deshalb: Der ländliche Raum braucht unsere Hilfe. Die Menschen im ländlichen Raum brauchen unsere Hilfe. Und dabei spielen die Kommunen die entscheidende Rolle. Denn sie sind am unmittelbarsten dran an den Menschen. Die Lebenswirklichkeit der Menschen vor Ort wird maßgeblich davon beeinflusst, welche Grundversorgung, welche Daseinsangebote vor Ort von

den Kommunen angeboten werden (können). – und bestimmen damit deren Lebenswirklichkeit und Lebenschancen maßgeblich. Dies bedeutet: wer für Gerechtigkeit und Chancengleichheit eintritt, muss dafür sorgen, dass v.a. die Kommunen diese herstellen und garantieren können. Die Kommunen müssen darum von uns in den Mittelpunkt unserer Politik gestellt werden - denn damit stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik.

Unsere Ziele:

Wir wollen den sozialen Zusammenhalt stärken, den Wandel und die Zukunft gestalten sowie den Erhalt der sozialen und technischen Infrastruktur auch in den ländlichen Regionen gewährleisten! Wir wollen in Thüringen endlich den grundgesetzlichen Auftrag der „Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse (Artikel 72 GG) umsetzen!

Wir wollen den weiteren Rückzug des Staates aus der Fläche stoppen!

Dazu ist es in einem ersten Schritt dringend und endlich notwendig, dass die SPD Thüringen eine Standortbestimmung vornimmt, an deren Ende eine Verständigung steht, welche Grundleistungen der Daseinsvorsorge, d.h. welche flächendeckende Grundversorgung, wir für alle (!) Thüringerinnen und Thüringern mindestens gewährleisten wollen! D.h. letztlich müssen Antworten auf die Fragen gefunden werden, was wir genau unter gleichwertigen (nicht „identischen“) Lebensverhältnissen im ganzen Land verstehen, und wie wir diese herstellen, erhalten und finanzieren können?

Klar ist:

- dies ist nur durch eine gezielte Förderung ländlicher Räume möglich. Denn ohne diese droht vielerorts ein Mangel an Arbeitsplätzen, weniger Daseinsvorsorgeangebote, schlechte Infrastruktur, Überalterung, Einsamkeit, Ausgrenzung.
- dies ist nur möglich, wenn Vernetzung und Kooperation über Gemeinde- bzw. Verwaltungsgrenzen hinweg organisiert werden.
- dies verlangt ein Ende des Rückzugs des Staates aus der Fläche. Denn es darf keine „blinden Flecken“ geben, d.h. keine Siedlungsgebiete, aus denen sich der Staat komplett zurückgezogen hat.
- dies verlangt eine Abkehr von neoliberalen Politikansätzen und damit auch von der „Politik der schwarzen Null“. Konsequenterweise muss die Haushaltspolitik wieder auf „Normalmaß zurückgeschrumpft werden“. Die Schuldenbremsen in der Landeshaushaltsordnung und im Grundgesetz sind dementsprechend kontraproduktiv (und auch volkswirtschaftlich nicht sinnvoll). Eine gute Haushaltspolitik ist notwendige Bedingung, nicht aber hinreichende Bedingung, für alle vernünftige Politik. Sie kann kein übergeordnetes Ziel von Politik sein.

„Wer jetzt weniger investiert statt mehr, hat nicht verstanden, was auf dem Spiel steht: nämlich das soziale Gefüge des gesamten Kontinents.“²

Wir müssen definieren, welche Mindeststandard es mindestens hinsichtlich der folgenden Staatsleistungen geben soll – wobei natürlich klar ist, dass dies nicht für jede einzelne

² Sascha Lobo, Rede auf re:publica, 03.05.2018

Ortschaft gilt, sondern dass Vernetzung und Kooperation über Gemeinde- bzw. Verwaltungsgrenzen hinweg organisiert werden muss:

- Kinderbetreuung und -bildung
- Infrastruktur/Mobilität/ÖPNV
- Medizinische Versorgung und Pflege
- ein Grundstock an wohnortnahen Arbeitsplätze
- Teilhabe an Sport und Kultur
- Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs und Geld überall sicherstellen (eine Geldein-/auszahlungsmöglichkeit je ... Einwohner)
- flächendeckendes Breitbandinternet/Digitalisierung.

Kurz zusammengefasst lautet unser Auftrag: „Politik machen für die ländlichen Räume Thüringens – Rahmenbedingungen schaffen, die „Lust auf Zukunft in der Heimat“ machen! Für eine Heimat mit Zukunft.“

Unsere Ideen:

Trotz der Möglichkeiten der Digitalisierung erscheint es ratsam, auch künftig den persönlichen Kontakt zwischen Mensch und Behörde herzustellen. Denn: der Mensch ist ein soziales Wesen. Darüber hinaus erscheint es ratsam, dass dort, wo Menschen zusammen leben Treffpunkte bzw. Begegnungsstätten existieren. Gemeinsinn und Zusammengehörigkeitsgefühl werden so gefördert - und das ist existenziell für ein Gemeinwesen.

Maßnahmen, die kein Geld kosten

- Förderung des ländlichen Raumes als Aufgabe mit Verfassungsrang (Grundgesetz, Thüringer Landesverfassung): Neudefinition von freiwilligen Aufgaben und Pflichtaufgaben der Kommunen, d.h. Änderung der ThürKO
- alle Förderprogramme des Landes auf zwei Fördergebiete ausrichten: Fördergebiet I umfasst die Zentren Erfurt, Weimar und Jena; Fördergebiet II den Rest
- Fördermittelpprogramme hinsichtlich Antragschluss vereinheitlichen, d.h. max. 2 verschiedene Antragsstichtage, die für alle Programme gelten
- Eigenanteile für Förderprogramme generell über Drittmittel finanzierbar
- Anwendbarkeit des Vergaberechts verbessern
- Vorrang des ländlichen Raumes bei der Ansiedlung von staatlichen Institutionen
- Vorrang des ländlichen Raumes bei der Schaffung von Arbeitsplätzen ohne größeren Erschließungsaufwand (Rettungsleitstellen z.B. benötigen lediglich schnelles Internet, d.h. dafür muss kein Gewerbegebiet geschaffen werden etc.)
- Abbau gesetzlicher Hemmnisse im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit, z.B. bei Wohnungsunternehmen, im Bereich Standesamt, im Bäderwesen etc.

Maßnahmen, die Geld kosten

- Erhöhen der Schlüsselzuweisungen um 250 Mio. pro Jahr
- Einführen eines Demographie-Faktors
- Einwohnerveredelung: Größe nicht belohnen

- Flächenmäßige Ausdehnung der Kommunen oder zu unterhaltende Straßen- und Wegekilometer bei Verteilung der Schlüsselzuweisungen berücksichtigen, nicht nur die Einwohnerzahl
- Kommunen das Leben erleichtern, Landratsämter zu „back offices“ der Kommunen weiterentwickeln:
- Schaffen zentral organisierter digitaler Verwaltungsangebote
- Förderung der Anschaffung einheitliche Softwareprogramme für alle Kommunen eines Landkreises, z.B. Kassenprogramme, Lohnbuchhaltung , (Land sollte Erstinvestition finanzieren, Unterhaltung dann über Kreisumlage)
- gemeinsame Vergabestellen (E-Vergabe?)
- Zusammenarbeit im Bäderwesen (Frei- und Hallenbäder), beim Bauhof etc.
- 90 % Förderung für die Beseitigung von Schrottimmobilien
- Aufstocken des Kulturlastenausgleichs
- 1000-Spielplätze-Sanierungsprogramm (Finanzmittel müssen in den VWHH)
- Kleinstförderungen zur Beseitigung von Alltagsschwellen für Ältere und Menschen mit Handicap, d.h. zur Schaffung von Barrierefreiheit
- Dorfkümmerer: Auflage eines Landesprogramms „Dorfkümmerer“, Ausgestaltung:
- auf diejenigen abzustellen, die kurz (3-5 Jahre) vor dem Ruhestand stehen, die erwerbslos sind oder pendeln (Vorteil: Landesprogramm könnte danach einfach auslaufen, wenn Personenkreis in Rente geht; dadurch Kostenbegrenzung und Klarheit, dass die Kommunen die MA später nicht selbst übernehmen müssen)
- ½ Stelle E4 oder E5 je 250 Einwohner,
- Dezentralität, d.h. Ortschafts-/Ortsteilsbezogener Einsatz, Ortsteil/Orts- oder Bürgermeister als Weisungsberechtigte
- Aufgaben: vor Ort für Ordnung und Sauberkeit, für Grünschnitt und Winterdienst sorgen und ansprechbar sein
- Kommunen in der Haushaltssicherung das Leben erleichtern:
- Freiwillige Leistungen von Haushaltssicherungskommunen von 2% des Verwaltungshaushalts auf 4-5% des Verwaltungshaushalts ausdehnen
- Eigenanteil für Nutzung der Förderprogramme kann durch Drittmittel erbracht werden
- Eigenvorsorge ermöglichen: strafzinsfreien Kreditrahmen bei KSK und Landesbanken i.H. der kumulierten Gewerbesteuer der letzten 3 Jahre

Weitere Ideen

- Unterschiedliche gesetzl. Vorgaben für Zentren und ländlicher Raum? Beispiele?
- Kostenfreies ÖPNV-Angebot
- Nächtliches ÖPNV-Angebot auch auf dem Land (Rufbusse?)
- 1 öffentlich finanzierter Treffpunkt (Bürgerzentrum) in jedem (!) Ort, ggf. genutzt auch als Arbeitsplatz für Freelancer, Dorflädchen o.ä. etc.
- Kommunale Arztpraxen und -wohnungen
- 1000€ je Ort/Ortsteil (unterhalb der Grundzentren) zur freien Verwendung
- Startkapital zur Gründung/Wiederbelebung von Vereinen
- Zugriff auf Schrottimmobilien in Ortskernen für Kommunen nach 5 Jahren
- Versorgung mit Geld sicherstellen: 1 Geldautomat je 1000 Einwohner
innerörtliche Verkehre in kleine Zentren organisieren

3. Umwelt und Klima

SICHERUNG DER LEBENSQUALITÄT DURCH EINE VERNUNFTBEGABTE, NACHHALTIGE, RESSOURCENSCHONENDE UMWELT- UND KLIMAPOLITIK

Dagmar Becker / Klaus Wagner / Robert Geheeb

Wo wir stehen:

Die biologische Vielfalt bzw. die Biodiversität nehmen stetig und in zunehmend dramatischer Art und Weise ab. Ein Beispiel dafür ist der gravierende Insektenrückgang, der zu einem dramatischen Rückgang der Vogelarten geführt hat/führen wird.

Wesentliche Auswirkung auf die biologische Vielfalt haben das Klima sowie die Beschaffenheit/Zusammensetzung/Belastung von Böden, Gewässern und Luft.

Klar ist: das Klima wandelt sich. Wir brauchen nicht darüber zu streiten, ob dies Menschen gemacht ist oder nicht, denn wir müssen auf jeden Fall auf den Klimawandel mit Klimaanpassung reagieren und – soweit es noch im Bereich des Möglichen liegt – der weiteren Verschlechterung der Situation entgegenwirken.

Böden: die fortschreitende Flächenversiegelung und der Entzug von landwirtschaftlicher Nutzfläche durch Infrastrukturprojekte und Zersiedelung sind die größten Probleme. Auch die Herausforderungen durch einen veränderten Wasserhaushalt und die zeitliche Verschiebung der Niederschläge in Folge des Klimawandels führen zu neuen Herausforderungen.

Gewässer: unsere Gewässerkörper sind zum großen Teil stark belastet, z.B. mit Nitrat. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet die Art und Weise wie unser Lebensmittel produziert und unsere Abwässer behandelt werden.

Ein weiteres Problem ist, dass die Gewässerunterhaltung an Gewässern II. Ordnung bisher von den Kommunen sehr unterschiedlich gehandhabt wird.

Luft: Besonders der Belastung mit Feinstaub in den Ballungszentren müssen wir entgegenwirken.

Unsere Ziele:

Thüringen ist weit über seine Grenzen hinaus als das grüne Herz Deutschlands für seine einzigartige Natur bekannt. Natur und Landschaft bieten mit ihrer Vielfalt und Schönheit nicht nur Thüringern ein lebenswertes Umfeld und Raum für Erholung. Umwelt- und Ressourcenschutz gehören zu den wichtigsten Themen unserer Zeit. Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, Ressourcen und der biologischen Vielfalt sind nicht nur eine ökologische Herausforderung, sondern sie entscheiden auch wesentlich über unsere soziale und ökonomische Zukunft. Umweltschutz ist für uns deshalb kein ökologisches Nischenthema, sondern von hoher Bedeutung.

Nachhaltigkeit wird so immer mehr zu einem Kennzeichen einer erfolgreichen Volkswirtschaft und die Umwelttechnologien zu einem wichtigen Impuls für Wachstum und Beschäftigung. Ökonomie und Ökologie sind für Sozialdemokraten keine Gegensätze, vielmehr gilt es, sie durch kluge Politik in Einklang zu bringen.

Unsere Ideen:

Gute Luft, saubere Gewässer, gesunde Böden – für uns ist Umwelt- und Ressourcenschutz immer ein Beitrag zu mehr Lebensqualität, auf die alle Bürger Anspruch haben. Wir brauchen deshalb weitere Fortschritte etwa bei der Energieeffizienz, der Senkung des Ressourcenverbrauchs, bei der ökologischen Landwirtschaft und bei der Bereitstellung gesunder Lebensmittel. Oder kurz: der langfristige, generationengerechte Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und –räume ist unser Ziel. Gesunde Böden, sauberes Wasser (Oberflächen und Grundkörper), gute Luft – das müssen wir gewährleisten.

Böden: Es bedarf besserer Zugriffsmöglichkeiten der Kommunen und des Landes um künftig konsequent brachliegende, innerstädtische Baulücken nutzen zu können. Es sollten konsequent gesetzliche Grundlagen zur „Drangsalierung“ von Spekulanten und Eigentümern, die sich nicht um ihre innerstädtischen Flächen kümmern, geschaffen werden. Daneben muss es unser Ziel sein, zum einen die Verdichtung vorhandener Siedlungsgebiete voranzutreiben, nicht mehr benötigte Flächen zügig und konsequent zu entsiegeln und zum anderen den Entzug der landwirtschaftlichen Nutzflächen zu stoppen.

Gewässer: Wir wollen eine einheitliche Gewässerunterhaltung für Gewässer I. und II. Ordnung sicherstellen, z.B. durch einen Landesbetrieb. Im Bereich Abwasser wird muss die stringente Anwendung des Solidarprinzips durchgesetzt werden. Zudem muss gewährleistet sein, dass Aufgaben der Daseinsvorsorge immer in öffentlicher Hand bleiben, d.h. Privatisierungsbestrebungen und –tendenzen ist eine klare Absage zu erteilen.

Luft: Hardwarenachrüstungen auf Kosten der Autoindustrie sind zwingend vorzunehmen. Der ÖPNV muss weiter und flächendeckend ausgebaut werden, wobei nur ein „vertakteter ÖPNV“ auch ein guter ÖPNV ist. Der weitere Ausbau der Straßen in dicht besiedelten Gebieten muss aufhören, der Individualverkehr muss eingeschränkt/zurückgefahren werden.

4. Digitalisierung und Arbeit 4.0

THÜRINGEN 2025 – DIE DIGITALE GESELLSCHAFT

Eleonore Mühlbauer / Valentina Kerst

Wo wir stehen:

Wie jeder grundlegende Wandel birgt die Digitalisierung Chancen und Risiken. Chancen eröffnen sich für die Wirtschaft z.B. durch neue Produktionsformen und Technologien. Der Austausch großer Datenmengen ermöglicht in der Wissenschaft neue Forschungen und Erkenntnisse. Onlinearbeit ermöglicht eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung und die bessere Vereinbarkeit von Privatem und Beruflichem für Arbeitnehmer. Dem gegenüber stehen z.B. die Risiken einer Plattform-Economy, die von wenigen Großkonzernen beherrscht wird und der Verlust sozialer Sicherheit durch Arbeit in vorwiegend atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Die Prognosen, wie eine zukünftige digitale Gesellschaft aussehen wird, reichen von idealistischen Zukunftsvisionen bis hin zu pessimistischen Verfallsvorhersagen. Wir erkennen, dass viele Menschen diesen Wandel kritisch sehen: Was bringt die Digitalisierung? Welche konkreten Vorteile gibt es? Es wird wichtig sein, Digitalisierung erlebbar zu machen, um die Gesellschaft mitzunehmen.

Unsere Ziele:

Es wird in den kommenden Jahren darauf ankommen, den digitalen Wandel aktiv zu gestalten und die Weichen richtig zu stellen. Es ist unser Anspruch, dass die Digitalisierung im Sinne der Gesellschaft steht.

Die Gestaltung dieser Aufgabe ist ressortübergreifend: Open Data, Zugang zu Wissen, Informationssicherheit, Wirtschaftsförderung, Datenschutz, Verbraucherschutz, Regulierung der digitalen Wirtschaft und die nun aufkommenden ethischen Fragestellungen zu den Themen Künstliche Intelligenz und Algorithmen.

Als starker Wissenschaftsstandort gibt es bereits heute eine Vielzahl von Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Mit Optimismus und Kreativität wollen wir diese neuen Themen gemeinsam gestalten und alle Partner in der Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft aktivieren, um das gemeinsame Wissen zum Wohle aller und der Gesellschaft einzusetzen.

Unsere Ideen:

- Breitbandversorgung ausbauen
- Digitalen Tourismus als verborgenes Potential erkennen und fördern
- Rahmenbedingungen für gute Arbeit in der Gesellschaft definieren und schaffen
- Den Wissenschaftsstandort Thüringen bei der Modernisierung der digitalen Infrastruktur unterstützen
- Thüringen deutschlandweit als technologische Modellregion etablieren

5. Innere Sicherheit und Justiz

MEHR SICHERHEIT IN EINER STARKEN DEMOKRATIE

Dorothea Marx / Georg Maier / Alexander Meinhardt-Heib

Wo wir stehen:

Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht auf öffentlich garantierte Sicherheit. Dem wird die SPD Thüringen Rechnung tragen, indem sie sich für eine personell aufgestockte und technisch bestmöglich ausgestattete Polizei und Justiz einsetzt. In einer unübersichtlich gewordenen Welt, in der auch Deutschland mit einer verschärften Sicherheitslage konfrontiert ist, gilt es die Ängste der Menschen in unserem Freistaat ernst zu nehmen, denn nur wenn alle Menschen Sicherheit und Gerechtigkeit erfahren, schaffen wir mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft. Weniger Sicherheit ergibt sich dagegen aus den bloßen Behauptungen und Forderungen der Populisten. Leidtragende werden vielmehr diejenigen sein, um die die Populisten derzeit am stärksten kämpfen. Der Unfreiheit anderer folgt meist die eigene. Das Ziel einer Sicherheit in Unfreiheit bekämpfen wir. Vielmehr ist es das Alleinstellungsmerkmal sozialdemokratischer Innen- und Sicherheitspolitik die pragmatische Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden. Größtmögliche Sicherheit bei maximaler persönlicher Freiheit, hierfür steht die SPD in Thüringen.

Unsere Ziele:

Thüringen ist ein sicheres Bundesland. Ziel der sozialdemokratischen Innen- und Justizpolitik ist, dass es so bleibt! Dazu braucht es eine Politik, die auf Veränderungen der Sicherheitslage reagiert, Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Rechnung trägt und den Megatrend Digitalisierung an jeder Stelle mitdenkt.

In erster Linie geht es dabei, um die gute Ausstattung unserer Polizei und Justiz. Wer die öffentliche Sicherheit garantiert und ein hohes Berufsrisiko trägt, muss die bestmöglichen Arbeitsbedingungen haben. Nur durch unzählige Überstunden und besonderes Engagement der Bediensteten wird derzeit ein Defizit überbrückt, das die CDU-geführten Vorgängerregierungen zu verantworten haben. Mit der schrittweisen Erhöhung der Anwärterzahlen im Polizeibereich hat die SPD gegengesteuert. Wir sind uns mit den Gewerkschaften einig, dass 300 Polizeianwärter pro Jahr nötig sind, um in Zukunft auf jede Herausforderung reagieren zu können und an jedem Ort im Land, das gleiche Maß an Sicherheit gewährleisten zu können.

Auch im Justizvollzug bedarf es einer personellen Aufstockung. Die Überlastungsanzeichen sind auch in Thüringen deutlich. Unabhängig von der Personalzahl sind es aber auch dort die Arbeitsbedingungen, die im Fokus sozialdemokratischer Politik stehen. Gute Bezahlung, Ausbildung und Berufsperspektiven helfen, die Qualität zu steigern und Fachkräfte zu gewinnen.

Spätestens bis zum Ende der kommenden Legislatur soll Thüringen alle Defizite im Bereich der Polizei und Justiz abgebaut haben, die den bisherigen Spitzenplatz im bundesweiten Vergleich der Sicherheit gefährden.

Diese Basis soll helfen, neue Herausforderungen anzugehen. Insbesondere in spezifischen Phänomenbereichen, wie Organisierter Kriminalität und Rechtsrockkonzerten darf Thüringen kein Rückzugsraum werden. Um das zu erreichen braucht es neben Personal und Ausstattung, auch Innovationen im Sicherheitsbereich. Diese zu implementieren, ohne grundlegende Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats zu beschränken, ist unser Ziel.

Unsere Ideen:

- Neue sicherheitspolitische Anforderungen annehmen, Polizei und Justiz personell und sachlich dafür bereit machen, die bereits auf 300 erhöhten Anwärterzahlen auf 300 pro Jahr verstetigen, Bereitstellung moderner Ausrüstung, Fahrzeuge und IT-Strukturen
- Entlastung der Polizei von Verwaltungsaufgaben, Stärkung des „Front Office“ durch moderne IT-Ausstattung (Smartphones, iPads, Sprachaufnahmefunktionen)
- Die Polizei und Justiz insbesondere in den Bereichen Organisierte Kriminalität, Gewaltkriminalität und Wohnungseinbrüche durch stärkeren Austausch und Schwerpunktermittlungen stärken
- Eine leistungsfähige Sicherheitsarchitektur durch handlungsfähige und motivierte Bedienstete in der Polizei, der Justiz und dem Justizvollzug
- Steigerung der Attraktivität der Berufsbilder Polizei und Justizvollzug - auch durch attraktive Löhne und Besoldung sowie Maßnahmen zur Stärkung von Respekt gegenüber Beamtinnen und Beamten,
- Ausbau der Jugendstationen nach den erfolgreichen Modellversuchen in Jena und Gera in Thüringen
- Ausbau der Opferhilfe durch einen allgemeinen Opferfond sowie Einrichtung von behördennahen Stiftungen
- Feuerwehren und Rettungskräfte durch Investitionen in der Fläche einsatzfähig halten, Ehrenamt und Nachwuchsarbeit stärken, Förderung des Ehrenamts verstetigen
- Konsequente Digitalisierung zur Vereinfachung und Beschleunigung von Strafverfahren, Verknüpfung der IT-Systeme von Polizei und Justiz zum verbesserten Austausch von Informationen
- Einrichtung zusätzlicher Kammern an den Thüringer Gerichten, um Rechtsdurchsetzung, insbesondere bei den Verwaltungsgerichten, konsequent und zeitnah sicherzustellen
- Länderübergreifende Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz bei überregionalen Strafbarkeitsphänomenen
- Konsequente Durchsetzung des Rechtsstaats im Internet, Auflösung vermeintlicher rechtsfreier Gebiete
- Kampf gegen die rechtsextreme Szene, insbesondere im Bereich Veranstaltungen, Reichsbürgerszene, internationale Vernetzung durch intensive Unterstützung der Versammlungsbehörden auf kommunaler Ebene

6. Sozialpolitik

ARMUT BEKÄMPFEN, SOZIALE SPALTUNG ÜBERWINDEN – GEMEINSAME AUFGABE VON KOMMUNE UND LAND

Birgit Pelke / Diana Lehmann / Heidrun Sachse

Wo wir stehen:

Auch in Thüringen ist unsere Gesellschaft zunehmend gespalten. Dies betrifft sowohl die Lebenslagen der Menschen als auch deren Partizipation an der Gestaltung der parlamentarischen Demokratie.

Diese Situation steht zunehmend im Kontrast zur sozialdemokratischen Vision von einer solidarischen Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigten Zugang zu allen gesellschaftlich relevanten Gütern haben, selbstbestimmt an der Realisierung der grundgesetzlich garantierten Rechte und Pflichten mitwirken und damit zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie beitragen.

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung unterstreicht diese Entwicklung der gesellschaftlichen Spaltung ebenso wie vorliegende Thüringer Sozialdaten - vom ersten Thüringer Sozialstrukturatlas bis hin zum Bericht der Thüringer Sozialministerin anlässlich des parlamentarischen Antrags der Regierungskoalition zur Armutsbekämpfung 2017, der damit verbundenen Anhörung und aktuell den sukzessive vorliegenden Armutspräventionsstrategien in Landkreisen und kreisfreien Städten.

Folgerichtig sind Armutsbekämpfung und Armutsprävention im umfassenden Sinne - also sowohl im Hinblick auf existenzsichernde Einkommen als auch der Gewährleistung gesellschaftlicher Teilhabe - als maßgebliche Ursache dieser gesellschaftlichen Spaltung das herausragende Problem sozialdemokratischer Sozialpolitik. Anders gesagt: mehr gesellschaftliche Gleichheit, Überwindung von Spaltung ohne Gleichmacherei und Bekämpfung der neoliberalen Philosophie des Rechts des Stärkeren ist das zeitgemäße sozialdemokratische Gebot. Im Bund, im Land und den Kommunen - und in Europa!³

Lösungen können wir auf allen politischen Ebenen anbieten. Die Neuausrichtung besteht darin, dass Wort und Tat stimmig sein müssen und dass Sozialdemokraten auf unterschiedlichen politischen Ebenen einvernehmlich und konsequent handeln. Dies gilt mit Blick auf die kommenden Wahlen insbesondere im Zusammenwirken von Landespolitik und Kommunalpolitik, zumal dort im Hinblick auf die Gewährleistung gesellschaftlicher Teilhabe und Vermeidung von Segregation die maßgebliche politische Verantwortung liegt. Jede sozialpolitische Initiative auf Landesebene, jede Förderung der Kommunen durch das Land wird nur glaubwürdig und wirksam, wenn sie einvernehmlich erfolgt und auf beiden parlamentarischen Ebenen überzeugt und überzeugend vertreten wird. Im Umkehrschluss kann Sozialpolitik des Landes nur wirksam sein, wenn die Lebenslagen der Bevölkerung in den

³ Vgl.: Analyse des WBH zur Bundestagswahl 2017, SPD-Parteivorstand

Kommunen und daraus resultierenden Herausforderungen auf Landesebene bekannt sind und entsprechend berücksichtigt werden.

Der Leitantrag des Landesparteitags 2016 - Leitlinien einer modernen sozialdemokratischen Sozialpolitik - liefert alle erforderlichen Grundlagen. Sowohl die Ausgangsanalyse als auch die dort beschlossenen Handlungsschritte treffen unverändert zu.

Unsere Ziele:

- Sozialdemokratische Sozialpolitik wird in Thüringen von der verbal in Anspruch genommenen „Kernkompetenz“ zur realisierten sozialdemokratischen Kernkompetenz - sowohl inhaltlich als auch personell.
- Sozialpolitik im Land und in den Kommunen basiert maßgeblich auf einer im Dialog mit der Bevölkerung erarbeiteten Sozialberichterstattung und einer davon abgeleiteten integrierten, die gesamten Lebenslagen berücksichtigenden Sozialplanung.
- SPD-Sozialpolitik im Land und in den Kommunen hat immer Armutsbekämpfung und Armutsprävention einschließlich der Überwindung von Segregation und der Gewährleistung gesellschaftlicher Teilhabe im umfassenden Sinne zum Ziel. Die Förderung der öffentlich verantworteten Sozial- und Bildungsinfrastruktur auf kommunaler und auf Landesebene orientiert sich daran.
- Sozialpolitik des Landes unterstützt und fördert die Kommunen verlässlich mit den Zielen vergleichbarer Lebensbedingungen überall im Land unter Berücksichtigung kommunaler Leistungsfähigkeit einerseits und der spezifischen Lebenslagen einschließlich der demographischen Entwicklungen der Bevölkerung andererseits. Die Landesförderung erfolgt in der Regel auf gesetzlicher Grundlage.

Unsere Ideen:

- Siehe Leitantrag LPT 2016 und ergänzende, den Leitantrag unterstreichende Einzelanträge.
- Umsetzung des Leitantrags entsprechend den dort angesprochenen politischen Ebenen einschließlich der ergänzenden, den Leitantrag unterstreichenden Einzelanträge.
- Inanspruchnahme kompetenter personeller Verantwortung auf allen drei angesprochenen politischen Ebenen.
- Bundesgesetzliche Verankerung verpflichtender, die Lebenslagen der Bevölkerung berücksichtigender und im Dialog mit der Bevölkerung zu erarbeitender Sozialplanung in allen relevanten Sozialgesetzbüchern im Sinne der Regelungen des SGB VIII.
- Als eine maßgebliche Voraussetzung: Etablierung von im Dialog mit der Bevölkerung zu erarbeitender Sozialberichterstattung und daraus abgeleiteter integrierter Sozialplanung in allen Landkreisen und kreisfreien Städten und im Land. Daraus resultierende, in der Regel gesetzlich verankerte, Landesförderung an die Kommunen bzw. an mit der Umsetzung beauftragte freie Träger.
- Inanspruchnahme kompetenter personeller Verantwortung für Sozialpolitik in den Kommunen und im Land.

- Gesetzliche Verankerung der „örtlichen Jugendförderung“ und der Landesförderung für das Programm „solidarisches Zusammenleben der Generationen“ noch in dieser Legislaturperiode und vor der Kommunalwahl!
- Befassung mit den sukzessive vorliegenden kommunalen Armutspräventionsstrategien und sozialdemokratische Unterstützung bei deren Umsetzung sowohl in den Kommunen als auch auf Landesebene.
- Verankerung von Armutsprävention, insbesondere kommunaler Armutsprävention auch in künftiger EU Förderung. Darüber hinaus Regelförderung kommunaler integrierter Sozialplanung durch das Land - immer mit dem Ziel der Armutsbekämpfung und Armutsprävention.

7. Arbeit und Lohn

GUTE ARBEIT, GUTES LEBEN – PERSPEKTIVEN FÜR EINE MODERNE ARBEITSMARKTPOLITIK

Diana Lehmann

Wo wir stehen:

Thüringen hat die besten Chancen zum modernsten Bundesland Deutschlands zu werden. Der Blick auf den Arbeitsmarkt zeigt, dass sich die Arbeitslosenzahlen in Thüringen entwickeln in den vergangenen Jahren kontinuierlich positiv. Erst 2018 konnte die niedrigste Arbeitslosenquote seit der Wende verzeichnet werden. Die Arbeitslosenquote im Freistaat ist die niedrigste der ostdeutschen Länder und kann inzwischen mit der in den westdeutschen Bundesländern konkurrieren. Darüber hinaus gibt es einen Fachkräftebedarf von 280.000 Menschen bis zum Jahr 2025. All dies bedeutet Dynamik im Arbeitsmarkt mit neuen Chancen für Erwerbslose und Arbeitnehmer*innen gleichermaßen. In keinem anderen Bundesland ist der Anteil der Väter, die in Elternzeit gehen höher. Für die Entwicklung einer modernen und gleichberechtigten Gesellschaft sind das hervorragende Voraussetzungen.

Mit der Einführung des Mindestlohnes konnten in Thüringen über 200.000 Menschen von der gesetzlichen Lohnuntergrenze profitieren. Nun gilt es mit diesem großen Erfolg im Rücken weiter zu streiten, denn am Thüringer Arbeitsmarkt zeichnet sich nach wie vor ein deutlicher Handlungsbedarf ab. Nicht nur, dass Thüringen mit MV Schlusslicht beim Lohnniveau ist, geringe Tarifbindung, weniger betriebliche Mitbestimmung und gleichzeitig ein überdurchschnittlicher Anteil prekärer Beschäftigung und – so die Einschätzung der Arbeitnehmer*innen im Vergleich – schlechtere Arbeitsbedingungen als in anderen Bundesländern zeichnen den Thüringer Arbeitsmarkt genauso aus. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Teilzeitbeschäftigung, Befristungen und Überstunden gehören für viele Beschäftigte in Thüringen zum Alltag. Darüber hinaus hat die Digitalisierung massive

Auswirkungen auf den Charakter der Arbeit. Sie beschleunigt die Möglichkeiten zur Kommunikation, der Produktion und des Handelns enorm. Die damit verbundene Flexibilität darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. All das macht uns deutlich, dass wir uns weiter für Gute Arbeit einsetzen müssen.

Arbeit ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Integration. Sie soll nicht nur finanzielle Unabhängigkeit sichern, vielmehr gibt sie Struktur, ermöglicht soziale Kontakte und ist sinnstiftend. Ziel ist es, jedem Menschen den Zugang zu Guter Arbeit zu ermöglichen.

Trotz der Entspannung am Arbeitsmarkt ist dieser nach wie vor umkämpft. Einige Gruppen profitieren nicht im selben Umfang von diesem Aufschwung. Besonders schwierig stellt sich die Situation für ältere Erwerbslose, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund dar.

Arbeitsmarktpolitik ist ein wirkmächtiges Steuerungsinstrument, das wir nutzen werden, um strukturelle Benachteiligung zu verringern sowie die individuelle Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen. Unser Anspruch ist es, gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten in Thüringen zu ermöglichen. Die Arbeitnehmer*innen sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg Thüringens. Wir unterstützen Erwerbslose durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik auf ihrem Weg in eine gute Beschäftigung und schaffen Voraussetzungen für Gute Arbeit. Die Gewerkschaften sind unsere Partner bei diesem Prozess. Wir unterstützen sie in ihrem Kampf für Gute Arbeit.

Mit dem sozialpolitischen Leitantrag und dem Leitantrag zur Arbeitsmarktpolitik haben wir bereits auf dem Parteitag 2016 deutlich gemacht, dass die Sozialdemokratie in Thüringen verstanden hat, wie Erneuerung in der Arbeitspolitik aussehen muss.

Unsere Ziele & Ideen:

- Stärkung des gesetzlichen Mindestlohns durch Erhöhungen und das Zurückdrängen von Ausnahmeregelungen mit dem Ziel, eine armutsfeste Rente verdienen zu können (entspricht aktuell einen Mindestlohn in Höhe von 12,50 €)
- Etablierung einer Technologieberatungsstelle Arbeit 4.0, die als Anlaufstelle für Akteur*innen am Arbeitsmarkt dient, eine kontinuierliche Berichterstattung über den Thüringer Arbeitsmarkt erstellt (ähnlich dem Thüringen-Monitor) und Vorschläge zum Umgang mit den Entwicklungen am Arbeitsmarkt erarbeitet.
- Steigerung der Löhne, insbesondere durch eine Politik für Gute Arbeit, die die Tarifpartner bestärkt, die Tarifbindung in Thüringen zu erhöhen, z.B. durch Etablierung von Beratungsstrukturen für Tarifbindung für Beschäftigten und deren Interessenvertretung
- Reform des Vergabegesetzes, mit dem Ziel, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden Tarifbindung, Mitbestimmung sowie den Arbeits- und Gesundheitsschutz berücksichtigt werden.
- verbindliche Regelungen zur Tariftreue bei öffentlicher Förderung in der sozialen Arbeit, orientiert an den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes.
- Stärkung gewerkschaftlicher Organisation und betrieblicher Mitbestimmung.

- Regulierung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, bspw. von Leiharbeit und Werkverträgen sowie die Abschaffung sachgrundloser Befristungen und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse. An den Regelungen zum Schutz der Arbeitnehmer*innen bei Sonn- und Feiertagsarbeit sowie bei der Ladenöffnung halten wir fest.
- Die ausschließliche Mitgliedschaft von Arbeitgebern mit Tarifbindung in den Arbeitgeberverbänden, um zu verhindern, dass Tarifbindungen weiter unterlaufen werden.
- Anpassung der Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt für Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen.
- Investitionen in Arbeit und nicht in Arbeitslosigkeit durch die Einführung des Passiv-Aktiv- Transfers.
- Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen des Landes, wie z.B. das Landesarbeitsmarktprogramm, stärken und weiter ausbauen.
- Ausbau der finanziell geförderten Familienarbeitszeit, sodass neben berufstätigen Eltern auch Personen davon profitieren, die Angehörige zu pflegen haben.
- Einen Rückkehranspruch von Teilzeit- auf Vollzeitbeschäftigung von dem alle Thüringer Beschäftigten profitieren.
- Einführung eines Lohngerechtigkeitsgesetzes für die Entgeltgleichheit.
- Mobilisierungsstrategie 55+, um Beschäftigten einen unmittelbaren Übergang in die Rente zu sichern und ihr Wissen und Know-How in der Arbeitswelt zu erhalten.
- Förderung von Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, um psychische und physische Belastungen von Beschäftigten zu minimieren.

8. Arbeitslosenversicherung

GRUNDSICHERUNG AUSBAUEN – SICHERHEIT GEWÄHRLEISTEN

Diana Lehmann

Wo wir stehen:

Die Arbeitslosenquote ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich rückläufig. Dennoch ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen beinahe konstant. Offensichtlich profitieren nicht alle Erwerbslosen im gleichen Umfang von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Eine sozialdemokratische Politik richtet sich immer daran aus, Menschen dabei zu unterstützen, Hürden bei der Arbeitsaufnahme abzubauen. Das bedeutet auch, dass wir uns für eine Reform der Grundsicherung stark machen. Das bisherige Aktivierungsparadigma hat sich bezogen auf die Zielstellung des SGB II durch seine starken Zwangselemente insbesondere bei Langzeitarbeitslosen als nicht zielführend erwiesen, das Verhältnis von Fördern und Fordern als asymmetrisch. Anstelle dessen werden wir einen neuen Fokus auf die Förderung und Befähigung von Arbeitssuchenden setzen, Autonomie zu entwickeln, das Leben eigeninitiativ zu gestalten

und die tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten zu erweitern. Die Einführung der Grundsicherung für Erwerbslose hat zu einer massiven Verunsicherung von Erwerbslosen und Beschäftigten geführt, auch weil es einen deutlichen Abbau sozialer Sicherung bedeutet hat. Diese Entwicklung war Ergebnis eines neoliberalen Mainstreams, der über die wirtschaftspolitischen Diskurse auch Eingang in gesellschaftspolitische Debatten gefunden hat. Als Sozialdemokrat*innen müssen wir durch eine Abkehr von Hartz IV auch zeigen, dass dies der falsche Weg gewesen ist.

Als Thüringer SPD haben wir uns aus diesem Grund bereits mit unserem sozialpolitischen Leitantrag, aber auch im arbeitsmarktpolitischen Leitantrag vom 2016er Parteitag für eine Neuausrichtung der Absicherung im Falle von Arbeitslosigkeit ausgesprochen.

Unsere Ziele & Ideen:

- Reform und Weiterentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende und der Sozialhilfe zu einer armutsfesten und sanktionsfreien Grundsicherung, um so eine angemessene und diskriminierungsfreie soziale Teilhabe zu ermöglichen. Dazu benötigen wir eine Abkehr vom Aktivierungsprinzip hin zum Prinzip des Befähigens, eine Überprüfung der Regelsätze bezüglich eines soziokulturellen Existenzminimums sowie die Abschaffung von Sanktionen, die dem Befähigungsansatz widersprechen.
- Die Förderpraxis verändern: Wir brauchen individuellere und passgenauere Maßnahmen zur Vermittlung und Befähigung von Erwerbslosen, statt des Prinzips des Forderns und Förderns.
- Für einen Teil der Erwerbslosen werden sich trotz intensiver Bemühungen kurz- und mittelfristig keine Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt ergeben. Für sie werden wir mit dem Passiv-Aktiv-Transfer einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor finanzieren. Es gilt der Grundsatz Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.
- Eine Reregulierung von Beschäftigungsverhältnissen (siehe Thesenpapier zu Guter Arbeit)

9. Demokratie und Strategien gegen Rechts

WIR SETZEN UNS FÜR EIN WELTOFFENES UND TOLERANTES THÜRINGEN EIN.

Diana Lehmann / Oleg Shevchenko

Unsere Ziele und Ideen:

Wir als Sozialdemokratie kämpfen überzeugt für die Demokratie. Wir stellen uns gegen Diskriminierungen von Menschen aufgrund ihres Geschlechtes, Hautfarbe, Religion, sexuellen Orientierung, etc. entgegen. Wir setzen uns für ein weltoffenes und tolerantes Thüringen ein.

Wir wollen, dass jeder Mensch, der sich für eine Zukunft in Thüringen entscheidet hier eine Heimat finden kann. Jeder Mensch soll selbstbestimmt, frei und akzeptiert leben können. Rassismus und Diskriminierung dürfen in Thüringen keinen Platz haben.

Aus dem Thüringenmonitor wissen wir jedoch, dass 19 Prozent der Menschen in Thüringen ein verfestigtes rechtsextremes Weltbild haben. Mindestens genauso alarmierend ist, dass 14 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer der Meinung sind, dass Jüdinnen und Juden etwas Eigentümliches an sich haben, was nicht recht zu uns passt. Ebenso wie der hohe Anteil von Fremdenfeindlichkeit (36 Prozent) und Muslimfeindlichkeit (43 Prozent), um nur einige Beispiele zu nennen.⁴

Hinzu kommt eine seit vielen Jahren verfestigte Neonaziszene mit einem hohen Aktionsniveau. So ist es kein Zufall, dass im Jahr 2017 die Anzahl und die Teilnehmendenzahlen von rechten Konzerten und Veranstaltungen ein unerträgliches Ausmaß angenommen haben. Parallel dazu dokumentiert die Opferberatung ezra einen erneuten Anstieg rechter und rassistischer Gewalt im Freistaat.. Es braucht also dringend eine aktive und offenen Auseinandersetzung mit Rassismus und rechten Einstellungen, um unser Ziel eines demokratischen und weltoffenen Thüringens zu realisieren.

Wir sind uns bewusst, dass der Kern der Terrorgruppe des sogenannten NSU aus Thüringen stammt, hier aufgewachsen ist und sich auch hier radikalisiert hat. Auch nach dem Ende des NSU-Hauptprozesses und der Verurteilung der Angeklagten muss die Aufarbeitung des NSU weitergehen. Zu vieles im Umfeld der Kerngruppe ist noch unklar und zu viele Fragen noch unbeantwortet. Die Untersuchungsausschüsse im Bund und Land haben in langer Arbeit vieles aufdecken können. Gleichzeitig bleiben wir davon überzeugt, dass hier die Arbeit weitergehen muss. Deshalb setzten wir uns für die Fortsetzung des NSU-Ausschusses auch in der nächsten Legislaturperiode ein.

Wir wollen deshalb das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit verstetigen. Neben wichtigen Angeboten für Kinder und Jugendliche liegen uns Projekte mit Erwachsenen sehr am Herzen, denn Rechtsextremismus findet sich in allen Altersgruppen. Gleichzeitig müssen wir weiterhin in die Forschung zum Thema

⁴ Thüringen Monitor 2017

Rechtsextremismus und in Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus investieren. Auf Bundesebene unterstützen wir die Forderung nach einem Demokratiefördergesetz, um endlich eine rechtliche Grundlage für eine dauerhafte Finanzierung dieser Maßnahmen zu schaffen.

Wir wollen im Sinne Willy Brandts weiterhin „mehr Demokratie wagen“. Als Sozialdemokratie streiten für die Stärkung der Mitbestimmung in allen Lebensbereichen: Vom Kindergarten bis zur Hochschule. Im Betrieb und in der Kommune. Dafür braucht es auch eine strukturelle Unterstützung, daher setzen wir uns für die Einrichtung einer Servicestelle Mitbestimmung ein.

Wir sind erfreut darüber, dass die Enquetekommission zu „Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie“ vom Thüringer Landtag eingesetzt worden ist. Wir sind davon überzeugt, dass in der nächsten Legislaturperiode diese Arbeit fortgesetzt werden muss, weil zwei Jahre für eine tiefgreifende Analyse nicht ausreichen. Die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen sind für unsere politische Arbeit Verpflichtung. Wir unterstützen insbesondere den Vorschlag eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle auf Landesebene zu schaffen.

Außerdem wollen wir Weiterbildungsmöglichkeiten für diejenigen schaffen, die besondere Verantwortung in unserer Gesellschaft tragen. Wir werden die Verbindlichkeit zur Auseinandersetzung mit Rassismus und Diskriminierung für Beschäftigten der Polizei, in Bildungseinrichtungen und Kindertagesstätten, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie für Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung erhöhen. Dafür werden wir zusätzliche Freistellungsmöglichkeiten schaffen. Uns ist bewusst, dass eine vorgelebte Praxis der höheren Führungsebenen zur Teilnahme an entsprechenden Bildungsangeboten eine wichtige Rolle einnimmt.

Wir fordern ein, dass in der nächsten Legislaturperiode das Polizeiaufgabengesetz dahingehend verändert wird, sodass racial profiling gesetzlich verboten wird. Die Sensibilisierung innerhalb und nach der Ausbildung muss weiter vorangetrieben werden. Gleichzeitig begreifen wir es als Aufgabe der Landesregierung alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Nazi-Konzerten und -veranstaltungen keine Freiräume zu ermöglichen. Das heißt für uns eine umfassende Gefahrenanalyse, die sich in konsequenten Versammlungsaufgaben wiederfindet und die vor Ort auch konsequent durchgesetzt werden. Rechtsverstöße auf derartigen Veranstaltungen müssen konsequent verfolgt werden.

10. Jugendpolitik

KINDER – UND JUGENDHILFE INCL. FAMILIENHILFE STÄRKEN

Diana Lehmann

Wo wir stehen:

Leistungsfähige Jugendämter sind die entscheidende Voraussetzung für die Umsetzung des SGB VIII - des Kinder und Jugendhilfegesetzes. Dieses mittlerweile 28 Jahre alte, primär kommunale, Leistungsgesetz steht trotz seines hohen Anspruches im Hinblick insbesondere auf Prävention, Kinder- und Jugendschutz, Familien- und frühkindliche Förderung, Partizipation aller Akteur*innen und der Kinder und Jugendlichen sowie ihrer Eltern und der in der Sozialgesetzgebung bisher einzigartigen Jugendhilfeplanung immer wieder in der Kritik. Für immer nur kurzfristig medienwirksame Schlagzeilen sorgen vor allen Dingen Missstände im Bereich des Kinderschutzes und steigende Ausgaben im Bereich der Erziehungshilfe. Kaum Beachtung findet stattdessen das gesamte Leistungsspektrum des SGB VIII und die dafür erforderliche Ausstattung der Fachämter - also der kommunalen Jugendämter. Für die Ausgestaltung dieses Gesetzes ist das Land im Rahmen eines Ausführungsgesetzes (ThürKJHAG) ebenso zuständig wie für die Unterstützung und Förderung der Kommunen bei der Umsetzung.

Eine bundesweite aktuelle repräsentative Studie der Hochschule Konstanz vom Mai 2018 zur Personalausstattung des Allgemeinen Sozialen Dienstes in den Jugendämtern zeigt Erschreckendes: zu viele Fälle, zu wenig Personal, schlechte Ausstattung - dies ist allzu oft die Regel, nicht die Ausnahme. Dabei handelt es sich nur um ein Teilsegment verpflichtender Leistungen der Jugendämter. Man darf annehmen, dass die in Art und Umfang nicht geregelten Leistungen des SGB VIII wie die Prävention, die Familienhilfe, die Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit keinesfalls besser ausgestattet sind. Erfahrungen aus dem Thüringer Alltag zeigen, dass diese Bereiche häufig völlig vernachlässigt sind.

Kurz gesagt: leistungsfähige Jugendämter mit entsprechender Ausstattung sind die Voraussetzung, damit die Kinder- und Jugendhilfe einschließlich der Familienförderung (endlich) zu ihrem Recht kommt. Oder auch: Das SGB VIII taugt nicht zur Sparsbüchse - weder in den Kommunen noch im Land!

Der Leitantrag des Landesparteitages 2016 sowie die ergänzenden Einzelanträge der Landesparteitage 2016 und 2017 - insbesondere zur eigenständigen Jugendpolitik, Schulsozialarbeit und frühkindlichen Förderung - positionieren sich nicht nur entsprechend, sondern präzisieren darüber hinaus Aufgabenstellungen des SGB VIII.

Unsere Ziele & Ideen:

- Empirisch fundiertes Wissen über die Situation der gesamten Kinder- und Jugendhilfe und ihrer Fachämter in Thüringen unter Berücksichtigung der fachlichen Ansprüche

des SGB VIII sowie des unter der derzeitigen Regierungskoalition novellierten Ausführungsgesetzes und der Stärkung der Prävention, der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen, Ausbau der Schulsozialarbeit auf 1 zu 500 und der Herausforderungen im Bereich der frühkindlichen Bildung sowie der Familienförderung.

- In der Folge verpflichtende Standards im Hinblick insbesondere auf die Personalausstattung und die Personalqualifizierung der Fachämter sowie entsprechende Novellierung des Ausführungsgesetzes.
- In der Folge Förderung und Unterstützung der kommunalen Jugendämter durch das Land.
- Umsetzung der bereits getroffenen Beschlüsse, insbesondere Leitantrag 2016, weiterhin Antrag von r2g zur Novellierung des ThürKJHAG.

11. Rente

SOLIDARITÄT DER GENERATIONEN STÄRKEN - EIN NEUER GENERATIONENVERTRAG ALS HERAUSFORDERUNG FÜR DIE SPD IM BUND, IM LAND UND DEN KOMMUNEN

Diana Lehmann

Wo wir stehen:

Im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung und Wirtschaftskrisen ist es den neoliberalen Kräften unserer Gesellschaft bis weit in unsere Partei hinein gelungen, Ängste und Konkurrenz zwischen den Generationen zu schüren und die staatlichen Sicherungssysteme - insbesondere die Rente- zu diskreditieren. Die Älteren fürchten, dass die Rente nicht ausreicht, um in Würde zu altern und den erreichten Lebensstandard zu wahren. Die Jüngeren fürchten, dass sie mit den Beiträgen zur Sozialversicherung und den steuerlichen Abgaben überfordert werden und zugleich die eigene Alterssicherung völlig ungewiss ist. Das Schüren dieser Ängste war verbunden mit dem Abbau von Sozialleistungen - insbesondere der Absenkung gesetzlicher Leistungen in der Rente, dem Wegfall der paritätischen Finanzierung in der Krankenversicherung, der völlig unzureichenden Anpassung der Pflegeversicherung an die realen Entwicklungen - und zugleich einer ungeheuren Umverteilung zugunsten des privaten Kapitalmarkts und Steuersenkungen zugunsten hoher und höchster Einkommen. Als immer offenkundiger werdendes „Nebenprodukt“ haben sich die Arbeitsbedingungen im Bereich öffentlicher Dienstleistungen, insbesondere der Pflege sukzessive verschlechtert.

Im Ergebnis wurden die Generationen (abstrakt, nicht innerhalb der Familien) mehr denn je gespalten und verunsichert. Dies umso mehr, da Altersarmut insbesondere in den neuen Ländern und den strukturschwachen Regionen der Bundesrepublik aufgrund unterbrochenen Erwerbsbiografien und niedriger Löhne rasch zunimmt und weiter zunehmen wird und der

Pflegenotstand zunehmend nicht nur gefühlt, sondern zur Alltagsrealität wird. Dies ist und wird zunehmend zu einem sehr aktuellen Problem der Generationen in den Familien - Altersarmut und Pflegenotstand führt unmittelbar zur Belastung der jüngeren Angehörigen.

Die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung ebenso wie diverse Studien - auf dem Hintergrund der erfolgreichen neoliberalen Strategien paradoxerweise auch der Bertelsmann-Stiftung - bestätigen diese Entwicklung. In Thüringen ist neben dem Bericht der Sozialministerin im Landtag sowie der Anhörung zum Antrag der Regierungskoalition „Armutsprävention und Armutsbekämpfung“ mit differenzierten lokalen Ergebnissen durch die sukzessive vorgelegten kommunalen Armutspräventionsstrategien zu rechnen.

In Teilbereichen versucht die SPD auf Bundesebene innerhalb der derzeitigen Koalition diese Entwicklung zu korrigieren - zum Beispiel mit der Wiedereinführung der paritätischen Krankenversicherung.

Völlig unbearbeitet bleibt bisher hingegen eine neue Strategie des Verständnisses und der Verantwortung der Generationen - des solidarischen Zusammenlebens der Generationen - füreinander. Immer noch bestimmen die neoliberalen Kräfte die öffentliche politische Diskussion nicht zuletzt unter Nutzung fremdenfeindlicher Stimmung, noch wird repariert anstelle von umgesteuert, noch bestimmen Unsicherheit und Wankelmüt die innerparteiliche Diskussion.

Es fehlt, kurz gesagt: das Aufgreifen und die konsequente Umsetzung der Ziele und Handlungsoptionen des Leitantrages 2016 sowie ihn ergänzender Einzelanträge.

Unsere Ziele & Ideen:

- Sukzessive und glaubwürdige Umsetzung des Leitantrags, insbesondere rasche Initiativen für eine armutsfeste Rente - nicht zuletzt im Interesse der jüngeren Angehörigen und der Kommunen! Die Mindestversorgung der Beamten ist ein positives Beispiel für erfolgreichen politischen Willen.
- die eine durch Beiträge und Steuern finanzierte Erwerbstätigenversicherung für Alle - also auch für Beamt*innen und Selbstständige - zum Ziel hat. Dies ist zeitlich absehbar und in verbindlichen Arbeitsschritten umzusetzen.
- die das Rentenniveau stabilisiert. Dabei müssen die Vermeidung von Altersarmut und ein Altern in Würde gewährleistet sein, sowie die Entwicklung der Beitragssätze im Blick behalten werden.
- die die Ostrenten an das Westniveau angleicht, damit ein deutschlandweit einheitliches Rentenrecht gilt.
- die die Erwerbsminderungsrente armutsfest anhebt und damit verhindert, dass Krankheit zur Armutsursache wird.
- die eine armutsfeste Mindestrente auch bei unterbrochenen Erwerbsbiografien, Zwangsteilzeit oder niedrigen Löhnen sichert.
- Landesweit kontinuierlich die Durchführung von Kongressen „Für einen neuen Generationenvertrag“ mit dem Ziel der politischen Federführung und der wechselseitigen Information, auch zu Fragen der guten Pflege oder der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf insb. für KMU. Die Bandbreite der Themen reicht für lange Zeit - siehe Leitantrag!

12. Kultur

STOLZ AUF THÜRINGENS REICHE KULTURLANDSCHAFT – ERBE BEWAHREN UND VERMITTELN – KREATIVITÄT FÖRDERN

Babette Winter / Rosemarie Schmack-Siebenlist-Hinkel / Maja Volkgenannt / Thomas Hartung / Gabriele Reichstein / Elke Harjes-Ecker

Wo wir stehen:

Die bundesweit in ihrer Vielfalt einzigartige historisch gewachsene Thüringer Kulturlandschaft und die facettenreiche Gegenwartskunst und –kultur sind charakteristisch für Land und Leute und muss bewahrt und gefördert werden. Die gewachsenen Strukturen in den ehemaligen Residenzstädten und auf dem Land und das vielfältige kulturelle Erbe Thüringens aus der Zeit der Weimarer Republik und nach Ende des Zweiten Weltkriegs sind ein gewichtiger Standortvorteil Thüringens als für die Menschen lebenswertes Land und auch als attraktiver Standort für gewerbliche Ansiedlungen. Kulturelle Teilhabe für alle Menschen zu ermöglichen war immer Ziel sozialdemokratischer Kulturpolitik und muss unter den neuen Herausforderungen des demografischen Wandels, der Migration und der Digitalisierung neu ausgerichtet werden.

Kunst und Kultur sind identitätsbildend und machen den Begriff der Heimat konkret.

Die Förderung von Kultur als identitätsstiftendem Faktor, in Städten ebenso wie im ländlichen Raum für junge Menschen, Familien und Senioren ist deshalb ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Landespolitik. Neben dem Land ist es vor allem die kommunale Ebene, die das Kulturangebot finanziert. Gerade hier erleben wir in Teilen eine kostengetriebene Reduktion – bei Bibliotheken, Musikschulen, Museen uvm. - was vor allem im ländlichen Raum die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und kulturelle Teilhabe einschränkt

Wir erleben insbesondere bei finanzschwachen Kommunen, dass durch die Titulierung als „freiwillige Aufgabe“ hier zuerst Einsparungen vorgenommen werden. Die überproportionale Dichte an kulturhistorischen Bauten stellt eine besondere Herausforderung hinsichtlich der noch nicht abgeschlossenen Sanierung und Nutzungsentwicklung dar. Manche Nutzungspläne in Kulturbauten stocken in der Umsetzung, weil die Sanierung mangels ausreichender Investitionsmittel nicht erfolgt.

Unsere Ziele:

- Sozialdemokratische Kulturpolitik für Kunst- und Kulturschaffende: Regionale Künstlerinnen, Künstler und andere Akteure im Kulturbereich werden durch gerechte Entlohnung und in ihrer Professionalisierung unterstützt. Die adäquate soziale Sicherung bleibt ein Ziel der Partei, die die Begründerin der Künstlersozialkasse war.

- Kulturelles Angebot in den Kommunen absichern auch in Haushaltsnotlage und damit der in der Landesverfassung garantierten Förderung von Kunst und Kultur gerecht werden.
- Wir besinnen uns auf die Leitlinien sozialdemokratischer Kulturpolitik, die Kultur „von allen und für alle“ ermöglichen will – und dies sowohl in Städten, insbesondere aber auch im ländlichen Raum. Hier ist Thüringen besonders gefordert, wollen wir den Menschen in den kleineren Ortschaften gute Lebensqualität bieten, sie im Zuge des demografischen Wandels im ländlichen Raum halten und sie wieder an uns binden.
- Mit einem Mindestmaß an hauptamtlichen Strukturen durch die landesseitige Finanzierung von Projektmanagern werden vereins- oder anderweitig ehrenamtlich getragene Kulturaktivitäten unterstützt und professionalisiert.
- Sozialdemokratische Kulturförderung unterstützt erfolgreich Etabliertes ebenso, wie es Freiräume für neue Kulturinitiativen zulässt – denn Kulturleben ist nie statisch.
- Kulturelles Erbe als Identitätsschaffender Faktor: Intakte historische Städte, Denkmäler und Kunstwerke sind nicht nur unser bewahrungswertes kulturelles Erbe. Sie sind vor allem dann identitätsstiftend, wenn ihr Wert für Gegenwart und Zukunft aktiv vermittelt wird.
- die Entstehung der Moderne und Auseinandersetzung mit den zivilisatorischen Brüchen des 20. Jahrhunderts spiegeln die Geschichte Thüringens und sind immer wieder auf ihre Aktualität zu befragen.
- Programme zur kulturellen Bildung, die eine breite Teilhabe ermöglichen, müssen ausgebaut werden.

Unsere Ideen:

- Die öffentliche Hand und öffentlich geförderte Einrichtungen sollen bei Honoraren mit gutem Beispiel voran gehen. Schaffung von Orten und Veranstaltungen für künstlerisches Wirken macht Thüringen zu einem attraktiven Ort für Künstler, die nicht das Pulsieren der Metropolen suchen. Die Thüringer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen sich damit zur Verantwortung für die Bewahrung und den Erhalt von Kunst und Kultur in Thüringen
- Wir wollen Kommunen auch in Haushaltsnotlage einen höheren Anteil als bisher für so genannte freiwillige Aufgaben ermöglichen und damit kulturelle Teilhabe landesweit sichern. Für Kooperationen von kulturellen Einrichtungen, die gerade im ländlichen Raum ein kulturelles Angebot absichern, sollen finanziell Anreize geschaffen werden.
- Wir wollen Bibliotheken, Museen und Archive zu modernen, niedrighschwellig nutzbaren Institutionen von kultureller Bildung ausbauen. Geeignete Instrumente sind: Digitalisierung, zielgruppenspezifische Vermittlungsangebote, freier Eintritt. Diese Orte als so genannte „dritte Orte“, als lebendige, weitgehend kostenfreie offene Treffpunkte in der Gebietskörperschaft zu entwickeln trägt dazu bei, dass die gesellschaftliche Spaltung verringert werden kann. Hier soll jede und jeder teilnehmen können, unabhängig vom Geldbeutel. Cluster- und Netzbildung im ländlichen Raum müssen wir als zukunftsfähige Strukturen fördern.
- Die Thüringer SPD bekennt sich ausdrücklich zum Programm der Thüringer Projektmanager. Wir werden das Programm evaluieren und, so sich der Bedarf nachweisen lässt, ausweiten.

- Die Stätten des kulturellen Erbes sind in Stadt und Land gleichermaßen verteilt, die Verantwortung für den Erhalt ist unbestritten, genauso wichtig ist die Einbindung der jeweiligen Bevölkerung darüber „was am jeweiligen historischen Ort geschehen soll.“ Die Unterstützung von Institutionen und Initiativen des gesamten kulturellen Spektrums sowie die Förderung bürgerschaftlicher und ehrenamtlicher Aktivitäten gilt es vor dem Hintergrund extremistischer Tendenzen zu intensivieren.
- Hierzu zählt besonders auch die Erinnerungskultur. Als Land mit dem Erbe zweier Diktaturen mit unterschiedlicher Ausprägung, die bis heute in der Gesellschaft wirkmächtig sind, ist dieses Verantwortung und Chance zugleich.
- die Thüringer SPD bekennt sich ausdrücklich zur Einrichtung eines Landesmuseum in der Erfurter Defensionskaserne. Wir anerkennen vorbehaltlos die Chance, die ein solches Museum für die Vermittlung und Vermarktung der vielfältigen Kulturstädte und -regionen Thüringens haben kann.
- Die Thüringer SPD wird in der nächsten Legislaturperiode dafür Sorge tragen, dass der erhebliche Sanierungsstau der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten reduziert wird. Hier halten wir ein Ziel von jährlich zehn Prozent für angemessen und erfüllbar.
- Kreatives und Kultur der neuen Generation – Games: Auch wenn Thüringen nicht der „Hot-Spot“ der Gamesbranche ist, so sollten wir diesen Bereich des kreativen Schaffens nicht ignorieren, wie es derzeit weite Teile der Politik tut. Bereits mit „kleinen“ Aktivitäten zur Würdigung und Förderung der Games-Community und Games als Kulturgut wäre die SPD Vorreiter der Politik und könnte bisher nicht angesprochene Teile insbesondere der jungen Bevölkerung erreichen.
- Unser Kulturerbe ist historisch mit weiten Teilen Europas verknüpft. Es gibt keinen Ort, kaum eine Tradition, die nicht auch eine Verbindung zu mindestens einem anderen Ort, einer anderen Region in Europa hat. Indem wir diese Verbindungen bewusst machen und vermitteln sowie Begegnung fördern, trägt Thüringen zu einem vereinten Europa in Frieden und Völkerverständigung bei und stärkt gleichzeitig die grenzüberschreitende Bekanntheit der reichen Kulturlandschaft.

13. Bildung

UNTERRICHTSVERSORGUNG SICHERN, STUNDENAUSFALL MINIMIEREN

Thomas Hartung

Wo wir stehen:

Die Regierungskoalition wird bis zum Ende der Legislaturperiode fast 3.700 Neueinstellungen im Schulbereich vornehmen – mehr als jede Landesregierung zuvor. Dennoch ist die Situation an den Schulen von einer immer dünneren Personaldecke und von zunehmendem Unterrichtsausfall geprägt. Eine flächendeckende Unterrichtsversorgung wird zusehends schwieriger. Diese Entwicklung sorgt für erhebliche Unruhe in der Bevölkerung, die Bemühungen der Regierungskoalition zur Problemlösung werden vielfach als unzulänglich wahrgenommen.

Welche Fakten und Kennzahlen lassen sich zusammentragen?

- Altersbedingtes Ausscheiden von rund 7.500 Lehrern bis 2025 (= etwa 40% der Gesamtlehrerschaft).
- Kein 1:1-Ersatz der altersbedingt ausscheidenden Lehrer möglich: Verpflichtung des Schulbereichs nach PEK, 2.426 VZB bis 2025 abzubauen.
- Gedeckelte Einstellungskorridore der Jahre 2010-2017 haben realem Personalersatzbedarf durch altersbedingtes Ausscheiden nicht entsprochen: seit 2010 faktischer Stellenabbau um 819 VZB als Negativfaktor für die Unterrichtsversorgung.
- Seit Jahren steigende Zahl langzeiterkrankter Lehrerinnen und Lehrer. Aktuell sind 883 Lehrerinnen und Lehrer langzeiterkrankt und stehen somit dem Unterricht nicht zur Verfügung.
- Resultat aus faktischem Stellenabbau und wachsendem Krankenstand: Stundenausfall hat sich seit 2010 vervierfacht (Schuljahr 2010/11: 2,1% ersatzloser Unterrichtsausfall, Frühjahr 2018: 8,3%).
- Gleichzeitig mittelfristiger Anstieg der Schülerzahlen entgegen aller früheren Prognosen: bis 2025 um ca. 6,7% (= +16.000 Schüler, das entspricht einem kompletten Altersjahrgang!), was für zusätzlichen Druck auf die Unterrichtsabdeckung sorgen wird.

Welche Probleme können identifiziert werden?

- Bis 2025 extrem hohe Quote altersbedingt ausscheidender Lehrer, entsprechend hoher Personalersatzbedarf.
- Die Stellenabbauvorgaben des PEK basieren auf Personalbedarfsprognosen von 2004. Die bis 2025 anwachsenden Schülerzahlen waren damals nicht vorhersehbar und sind daher bei den Personalabbauvorgaben nicht berücksichtigt.
- Die äußerst ungünstige Altersstruktur der Thüringer Lehrerschaft (Altersdurchschnitt an allgemein bildenden Schulen: 50,9 Jahre, an berufsbildenden Schulen: 52,5 Jahre) führt zu einem extrem hohen Sockel an Langzeiterkrankungen. Die langzeiterkrankten

Lehrer sind auf dem Papier im Schuldienst, stehen den Schulen real aber nicht zur Verfügung.

- Eine große Zahl kleiner Schulstandorte (vor allem im ländlichen Raum) macht einen effizienten Personaleinsatz schwierig.
- Harter bundesweiter Wettbewerb um Nachwuchspädagogen, in dem auch Thüringen bestehen muss.

Unsere Ziele:

Zentrale bildungspolitische Herausforderung in den kommenden Jahren ist es, dem Lehrermangel zu begegnen und so weiterhin flächendeckend den Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler im gesamten Freistaat zu gewährleisten. Angesichts deutlich steigender Schülerzahlen kann dies nur gelingen, wenn in den kommenden Jahren alle altersbedingt ausscheidenden Lehrerinnen und Lehrer 1:1 ersetzt werden und der Personaleinsatz an kleinen Schulstandorten effektiver als bisher erfolgt.

Kleinen Schulen wollen wir daher einen Ausweg aus dem Dilemma einer schülerzahlenbedingt niedrigen Personalausstattung und den damit einhergehenden Schwierigkeiten bei der Unterrichtsabdeckung sowie bei der konzeptionell-inhaltlichen Weiterentwicklung aufzeigen. Dafür bieten wir zwei Lösungsmodelle an, die Thüringer Gemeinschaftsschule und die Bildung von Sprengelschulen. Beide Modelle sind ideal geeignet, um insbesondere Grundschulen und Regelschulen im ländlichen Raum langfristig zu erhalten und zeitgemäß weiterzuentwickeln.

Unsere Ideen:

Seit Jahren wird der Thüringer SPD in repräsentativen Umfragen von allen Landesparteien die höchste bildungspolitische Kompetenz zugewiesen. In diesem Sinne müssen wir uns auch dem Problem der zusehends schwierigeren Unterrichtsversorgung widmen und fachlich überzeugende sowie realistisch umsetzbare Lösungen bieten.

- 1:1-Ersatz aller altersbedingt ausscheidenden Pädagoginnen und Pädagogen in den kommenden Jahren.
- Höhere Attraktivität des Lehrerberufs in Thüringen: schrittweise Anhebung der Besoldung für Lehrerinnen und Lehrer der Grund- und Regelschulen auf A 13.
- Effizienterer Einsatz des vorhandenen pädagogischen Personals, um den zunehmenden Unterrichtsausfall besser als bisher zu bekämpfen.
- Umsetzung innovativer Lösungsmodelle zum Erhalt kleiner Schulstandorte.
- Weiterer flächendeckender Ausbau der Thüringer Gemeinschaftsschule und Bildung von Sprengelschulen.

14. Wohnen

BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE REGIONEN THÜRINGENS

Sabine Wosche / Roland Erdtmann / Frank Warnecke

Wo wir stehen:

Die Situation am Wohnungsmarkt in Thüringen ist unterschiedlich: In den Städten Erfurt, Jena und Weimar herrscht große Nachfrage, die Mieten steigen stärker als in anderen Regionen, die Anzahl der belegungsgebundenen Wohnungen geht zurück, der Bedarf an Wohnungen im mittleren Mietniveau ist größer als das Angebot. Das erschwert vor allem Familien, deren Einkommen knapp über der Grenze für einen Wohnberechtigungsschein liegt, den Zugang zum Wohnungsmarkt.

Die Anzahl der neu gebauten Wohnungen in diesen Städten erreicht noch nicht das erforderliche Maß. Damit reduziert sich dieser Beitrag zur Entspannung des Wohnungsmarktes. Der Neubau von Sozialwohnungen findet bisher praktisch nicht statt. Die Preise für Baugrundstücke liegen aufgrund von hohen Erschließungskosten, rückläufiger Verfügbarkeit und damit Verknappung und Anstieg der Nebenkosten höher

In kleineren Städten, Städten mit schlechterer wirtschaftlicher Situation und in ländlichen Regionen stellt sich die Situation komplett anders dar. Es gibt dort immer noch Leerstand (durchschnittlich 5%), Investitionen im Neubau zur Bestandsverjüngung und zur Schaffung barrierefreier Mietwohnungen sind aufgrund der geringeren erzielbaren Mietpreise nicht wirtschaftlich, die Anzahl der belegungsgebundenen Wohnungen sinkt auch hier. Der Neubau von Sozialwohnungen unter Nutzung der Förderprogramme des Freistaates Thüringen ist nicht attraktiv, weil ausreichend freie Wohnungen zur Verfügung stehen, deren Miete unterhalb der geförderten Sozialmiete liegt.

Neubau von Wohnraum ist aufgrund langer Baugenehmigungs-Bearbeitungsfristen, ständig steigender Anforderungen an die Gebäude (Energieeffizienz, Brandschutz, technische Ausrüstung) langwierig und teuer.

Unsere Ziele:

- Leistbare Miete: Die Miete soll nicht mehr als ein Drittel des Einkommens betragen!
- Belegungsgebundenen Wohnraum erhalten: Jedes Jahr sollen 1000 zusätzliche belegungsgebundene Wohnungen geschaffen werden!
- Baulandspekulationen verhindern!
- Bauen schneller und kostengünstiger machen!
- Zusammenarbeit mit Kommunen, mit der organisierten Wohnungswirtschaft (VTW, IVD, BfW...) und dem Mieterbund.

Unsere Ideen:

- Absenkung der Grunderwerbssteuer um 1,5 %,
 - Verzicht auf Grunderwerbssteuer bei Fusionen von Wohnungsunternehmen (kommunale + Genossenschaften) zur Abwendung von drohenden Insolvenzen von WU,
 - Musterausschreibung für Konzeptvergabe von kommunalen Grundstücken für sozialen Wohnungsbau zur Schaffung von Rechtssicherheit und als Unterstützung für Kommunen,
 - Überarbeitung der Thüringer Bauordnung, Serien-Baugenehmigung für seriellen Wohnungsbau, Brandschutz für Holzbauten anpassen, Überprüfung von Bauvorschriften und Baustandards mit dem Ziel, schneller und günstiger zu bauen,
 - Evaluierung der Wohnungsbau-Förderrichtlinien alle 2 Jahre, um Wirksamkeit, Ergebnisse und neue Erfordernisse abzugleichen
-

15. Gesundheit

FÜR EINE BEDARFSGERECHTE MEDIZINISCHE VERSORGUNG FLÄCHENDECKEND IN THÜRINGEN

Thomas Hartung

Wo wir stehen:

Derzeit findet sich, entsprechend der Rahmenvorgaben des gemeinsamen Bundesausschusses (GBA), sowohl in der ambulanten, wie der stationären Versorgung flächendeckend eine gute Versorgung. Wie fragil diese Situation ist, erkennt man bei näherer Betrachtung. Nach der Wende wurde der ambulante Bereich praktisch neu geschaffen. Die Ärzte, die sich niedergelassen haben waren zwischen 35 und 45 Jahre alt. Rechnet man die vergangenen 28 Jahre hinzu wird die Situation deutlich. Die Gründergeneration steht vor der Rente oder ist bereits im Ruhestand. Die ca. 250 jungen Mediziner, die derzeit jährlich die FSU Jena ihr Examen ablegen, genügen nicht, den Bedarf zu decken. Erweitert man den Blick auf die Krankenhäuser, komplettiert sich das Bild: mehrere Einrichtungen berichten, seit Jahren keine deutschen Bewerber mehr gewinnen zu können.

Diese Situation führt dazu, dass die Ärzte, die tatsächlich zur Arbeit in Thüringen bereit sind, andere Ansprüche durchsetzen können, als ihre Vorgänger. Dies äußert sich in unterschiedlicher Weise:

- Geringer ausgeprägte Servicebereitschaft, erkennbar an der mangelnden Bereitschaft zu Hausbesuchen, niedrigeren Patientenzahlen etc.
- Verlegung von Praxen aus der Fläche in den zentralen Ort des Versorgungsbereiches
- Bevorzugung einer Angestellten- gegenüber der selbständigen Tätigkeit

Verstärkt wird das Problem dadurch, dass die Vorgaben des GBA zur Zahl niedergelassener Ärzte nicht mehr dem Bedarf entsprechen, erkennbar daran, dass auch in Bereichen mit 110%-Abdeckung Wartezeiten von mehreren Wochen bis Monaten, je nach Fachrichtung, die Regel sind. Darüber hinaus muss es Ziel sein, dass jeder Thüringer innerhalb von 30 Minuten per ÖPNV einen Hausarzt, binnen einer Stunde einen Facharzt erreichen kann.

Vor diesem Hintergrund besteht die Herausforderung in der Aufrechterhaltung gleicher Versorgungsbedingungen in allen Teilen Thüringens.

Unsere Ziele:

Die Thüringer SPD muss ihre Erwartungen an die medizinische Versorgung klar definieren. Dies ist vor dem Hintergrund der Selbstverwaltung der kassenärztlichen Vereinigung (KV) unerlässlich. Zu diesen Erwartungen gehört beispielsweise:

- Stopp der Abwanderung der Arztpraxen in zentrale Orte
- Durchsetzung der Verpflichtungen und Standards, die zum Praxisbetrieb gehören, z. B. zum Hausbesuch
- Sicherstellung der zeitnahen Vergabe von Facharztterminen, z. B. innerhalb von vier Wochen, wenn der Hausarzt überweist

Im stationären Bereich muss der Freistaat eine stärkere Rolle in der Krankenhausplanung übernehmen. Innerhalb der nächsten drei Jahre muss mit jeder Klinik eine Entwicklungsperspektive erarbeitet werden, die neben dem Fachangebot auch die Versorgungstiefe (Grund- und Regelversorgung/ gehobene Fachversorgung/ Maximalversorgung) umfasst. An dieser Perspektive orientiert sich die jeweilige Fördermittelvergabe. Ziel muss es sein, Strukturen aufzubauen, die eine flächendeckende Grund- und Regelversorgung sichern, ein Netz gehobener Versorgungsangebote für jedes Fachgebiet definieren und eine kleine Zahl Maximalversorger identifizieren.

Damit muss es gelingen, je nach Schwere der Erkrankung die optimale Qualität sicherzustellen.

Existentiell für jede Maßnahme ist die Gewinnung ausreichend ärztlichen Nachwuchses. Dabei sind Quoten, die Studierende zu einem frühen Zeitpunkt auf eine bestimmte Fachrichtung und einer bestimmten Tätigkeit zu verpflichten, unrealistisch. Nur wenige Mediziner ergreifen letztlich die Tätigkeit, die ihnen zu Beginn des Studiums vorschwebte. Etwa die Hälfte nimmt keine Tätigkeit als Arzt auf.

Unsere Ideen:

Da der Freistaat lediglich die Rechtsaufsicht über die kassenärztliche Vereinigung innehat, den Versorgungsauftrag ansonsten an die Selbstverwaltung abgegeben hat, kann eine Durchsetzung der o. g. Ziele zunächst nur in gegenseitigem Einvernehmen erreicht werden. Dennoch sollten Erwartungen für die ambulante Versorgung formuliert werden:

- Öffnung der ambulanten Versorgung für Kliniken, wenn nicht alle Praxissitze besetzt sind, Facharzttermine nicht innerhalb von vier Wochen realisiert werden können etc.
- Bleibt ein Praxissitz länger als etwa 6 Monate unbesetzt, ist er der nächstgelegenen Klinik bzw. der nächstgelegenen Klinik mit entsprechender Fachabteilung anzubieten

Im stationären Bereich ist die Situation durch die vielfältige Trägerstruktur ähnlich. Dennoch sollten mit Bestands- und Investitions Garantien Möglichkeiten zur Einigung identifizierbar sein.

Auf Bundesebene muss auf eine Reform der Bemessungsgrundlage für die Festlegung der Praxissitze pro Versorgungsbereich gedrungen werden. Sollte das Vorhaben, den Bundesländern die Möglichkeit zur Umgehung dieser Vorgaben, tatsächlich umgesetzt werden, hat der Freistaat die Möglichkeit, in ländlichen Regionen zusätzliche Praxissitze zu schaffen.

In diesem Fall sollte er die Möglichkeit schaffen, dass Kommunen oder Landkreise mit der KV oder mit Krankenhäusern über die Einrichtung von Praxen oder MVZ verhandeln können. Es muss darüber erleichtert werden, dass Landkreise mit Kliniken Versorgungsverträge auch dann schließen können, wenn sie selber nicht Miteigentümer sind.

Der Freistaat muss die Gewinnung ärztlichen Nachwuchses intensivieren. Das beginnt mit einem verbesserten Zulassungsmanagement, das etwa angehende Medizinstudenten aus Thüringen, die nach einer einschlägigen Ausbildung auf dem zweiten Bildungsweg studieren, besonders umwirbt. Hier ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie später als Ärzte in Thüringen arbeiten, am höchsten. Ärzte aus Staaten, die nicht Teil der EU sind, müssen unter Beachtung aller rechtlichen und qualitativen Standards in einem klar strukturierten, zeitlich verlässlichen Verfahren anerkannt werden.

16. Hochschule

THÜRINGEN 2025 - QUALITÄT DER LEHRE VERBESSERN, INNOVATIONEN UND FORSCHUNGSPOTENTIALE HEBEN, GUTE ARBEIT DURCHSETZEN, WISSENSCHAFT DIGITALISIEREN

Markus Hoppe

Wo wir stehen:

Entgegen vieler Sonntagsreden, wonach stärker in unsere Köpfe investiert werden muss, hat das SPD-geführte Wissenschaftsministerium in den letzten fünf Jahren konkrete Taten folgen lassen. Die Grundfinanzierung der Thüringer Hochschulen konnte bis 2020 um rd. ein Fünftel erhöht und zwei neue, überregionalgeförderte Forschungseinrichtungen gegründet werden. Forschung und Lehre sind auch in Zukunft der Schlüssel zum Erfolg. Innovationen, Digitalisierung und wirtschaftliches Wohlergehen hängen unmittelbar von der wissenschaftlichen Entwicklung ab. Eine Studie der FSU Jena belegt: Jeder vom Land in die Wissenschaft investierte Euro bringt einen Wertschöpfungsnutzen von 2,50 Euro. Deshalb müssen unsere Anstrengungen in der Wissenschaftsförderung hoch bleiben.

Unsere Ziele & Ideen:

Qualität der Lehre verbessern

Mit der Umwandlung der Berufsakademie in die Duale Hochschule Gera Eisenach konnte die zehnte Thüringer Hochschule im Jahr 2016 gegründet werden. Mit weiteren vier Universitäten, vier Fachhochschulen und einer Musikhochschule verfügt Thüringen über eine – sowohl unter regionalen als auch unter fachlichen Gesichtspunkten – optimale Hochschullandschaft. Mit rd. 50.000 Studierenden gibt es eine Zielmarke, die gut zur Hochschulinfrastruktur passt. Um den Studienstandort Thüringen attraktiv zu halten, bedarf es aber weiterer Aktivitäten.

- Wir wollen die Standortvorteile der Thüringer Hochschulen nachhaltig sichern und bekannter machen, um mehr Studierende aus anderen Bundesländern und dem Ausland zu uns zu locken. Neben den wissenschaftlichen Bedingungen spielen weiche Faktoren, wie günstige Lebenshaltungskosten, verfügbarer studentischer Wohnraum, kurze Wege, attraktiver und bezahlbarer ÖPNV und SPNV eine entscheidende Rolle. Mit digitaler Werbung und zielgruppengerechten Marketingmaßnahmen können und müssen wir auch der demographischen Entwicklung begegnen, damit unsere Hochschulen weiterhin Studierende aus dem In- und Ausland anziehen.
- Mit einem attraktiven Stipendienprogramm wollen wir vor allem Masterstudierende zusammen mit der Thüringer Wirtschaft an uns binden, damit sie als Absolventen direkt zu unseren Unternehmen wechseln. Das ist auch ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung.
- Die Nachfolgevereinbarung zum Hochschulpakt wollen wir nutzen, um die Lehrangebote attraktiver und digitaler zu gestalten sowie die Qualität der Lehre durch geeignetes wissenschaftliches Personal zu verbessern. Durch die Bundesmittel, die zukünftig dauerhaft fließen sollen, können bis zu 300 neue wissenschaftliche Arbeitsplätze entstehen, die der Lehre neue Impulse geben können und eine verbesserte Betreuungsrelation ermöglichen.

Innovationen und Forschungspotentiale heben

Wir brauchen einen gesunden Mix aus Grundlagen- und Anwendungsforschung. Dabei bieten die Hochschulen, die traditionell stark auf die technischen Disziplinen ausgerichtet sind, sehr gute Kooperationsmöglichkeiten für die Thüringer Unternehmen. Über die unverzichtbare Einzelforschung hinaus müssen wir die gemeinsamen Potentiale für Innovationen und Forschungsverbünde durch Hochschulen und Unternehmen noch stärker nutzen. Die Regionale Innovationsstrategie 3 (RIS 3) hat die positive Wirkung gehabt, Wissenschaftler und Unternehmer zusammen zu bringen und gemeinsame Projekte entwickeln zu lassen. Zukünftig wollen wir die wissenschaftlichen Rahmenbedingungen optimieren, damit die Forschungsschwäche in den ostdeutschen Bundesländern überwunden werden kann, verstärkt zählbare Beiträge zur Wertschöpfung entstehen und die Unternehmen ihre Anstrengungen bei FuE spürbar erhöhen.

- Aufbauend auf die eingangs erwähnte, deutlich verbesserte Grundfinanzierung der Thüringer Hochschulen sollen diese verstärkt großformatige Drittmittelprojekte bei der DFG, beim BMBF und bei der EU einwerben, um den Forschungsstandort Thüringen aufzuwerten und neue Forschungsschwerpunkte aufzubauen.
- Wir bekennen uns zur Exzellenzförderung von Bund und Ländern. Dass die FSU Jena in der Endrunde der Exzellenzförderung mit zwei Clusteranträgen steht, ist ein Beleg für die hervorragende und hoch kompetitive Forschungsqualität, die den Thüringer Wissenschaftsstandort international sichtbar macht sowie weitere Spitzenforschung und -wissenschaftler nach sich ziehen wird.
- Die RIS 3 bringt Themengebiete und Akteure zusammen, in denen insbesondere Verbundprojekte von Hochschulen und Unternehmen initiiert und umgesetzt werden können. Wir werden diese Kooperationen mit allen Hochschultypen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen systematisch fördern, um die Anzahl der Projekte deutlich zu erhöhen.
- Alle beklagen die niedrige Anzahl an Existenzgründungen in Deutschland. Wir werden durch ein neuartiges Zusammenwirken von Hochschulen, Gründungsinteressierten und einer professionellen Beratungsstruktur die Voraussetzungen schaffen, dass Ausgründungen aus Hochschulen schneller erfolgen können und Gründungsinteressierte zu allen relevanten Fragestellungen, von Rechtsfragen über Finanzierungen bis hin zu Patenten, eine kompetente Antwort erhalten.

Gute Arbeit in der Wissenschaft durchsetzen

Immer wieder ist von prekären Arbeitsverhältnissen in der Wissenschaft zu hören. Wir konnten bereits in den letzten Jahren substantielle Verbesserung bei den rechtlichen Rahmenbedingungen und bei den hochschulinternen Vorgaben erreichen. Dennoch bleibt noch einiges zu tun.

- Durch ein proaktives Controlling werden wir gemeinsam mit den Thüringer Hochschulen darauf achten, dass die zahlreichen Verbesserungen auch konsequent umgesetzt werden. Hierzu gehören vor allem die Personalentwicklungskonzepte für den wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Dienst, die Personalstrukturkonzepte, die zwischen den dauerhaft zu besetzenden Funktionsstellen und den naturgemäß befristeten Qualifikationsstellen im wissenschaftlichen Dienst unterscheiden, die Tenure-Track-Konzepte und die Qualifizierungsvereinbarung, die obligatorisch mit Promovenden und Habilitanden abzuschließen sind.
- Gerade im Bereich der Lehre sind wir mit einer vergleichsweise hohen Zahl an befristeten Arbeitsverträgen konfrontiert. An zu vielen Stellen wird die Lehre sogar nur über Lehraufträge sichergestellt, obwohl in einigen Fällen keine fachliche Ergänzung des Lehrangebots erfolgt, sondern eine längerfristige reguläre Vertretung der Lehre stattfindet. Häufig ist dafür die fehlende Planungssicherheit von Mitteln von Dritten die Ursache. Deshalb bietet die Verstetigung des Hochschulpaktes von Bund und Ländern die einmalige Chance, die Absicherung des Lehrangebots auf professionelle Beine zu stellen und unbefristete Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Wir werden mit den Thüringer Hochschulen sicherstellen, dass diese Chance konsequent genutzt wird.

Digitalisierung der Wissenschaft

Die Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten in der Forschung und Lehre. Sie macht das bestehende Wissen ortsunabhängig verfügbar und bietet für die Wissenschaft ein enormes Potential. Zugleich stellt die Digitalisierung die Hochschulen vor große Herausforderungen. Digitale Medien und Sachverhalte werden zunehmend zu wissenschaftlichen Untersuchungsgegenständen. Gleichzeitig verändert die Digitalisierung die Art und Weise, wie Hochschulen Wissen vermitteln und neue Erkenntnisse generieren. Wir wollen die Hochschulen dabei unterstützen, die digitale Hochschullehre zu verbessern und verstärkt mediengestützte Lehrformate anzubieten.

- Die Digitalisierung von Forschungsprozessen eröffnet neue Möglichkeiten der wissenschaftlichen Arbeit. Wir wollen die Thüringer Hochschulen dabei unterstützen, ein professionelles Forschungsdatenmanagement aufzubauen sowie die Objektdigitalisierung, die Implementierung virtueller Arbeitsumgebungen und die Langzeitarchivierung von Forschungsdaten voranzubringen.
- Durch Open Access soll ein weitestgehend offener Zugang zu den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung geschaffen werden.
- Die digitale Infrastruktur an und die Vernetzung zwischen den Thüringer Hochschulen wollen wir ausbauen.

17. Migration

MIGRATION ALS CHANCE BEGREIFEN

Thomas Hartung

Wo wir stehen:

Wir erleben derzeit getrennt voneinander zwei Formen der Migration. Zum einen leben sehr viele Migranten, die aus unterschiedlichsten Gründen (Asyl, Kriegsflucht, Wirtschaftsmigration) selbständig zu uns gekommen sind. Parallel und völlig unabhängig suchen unterschiedliche Akteure, IHK, HWK wie Einzelunternehmen, im nichteuropäischen Ausland nach Menschen, mit denen der akute Mangel sowohl an Fachkräften als auch an Auszubildenden zu decken wäre. Dabei werden derzeit pro Person oft hoch vierstellige Summen investiert.

Dies führt zu der widersinnigen Situation, dass einerseits eine erhebliche Zahl von Flüchtlingen bei uns lebt, zu einem großen Teil minderjährig oder jugendlich, die zu integrieren wir uns mangels „Bleibeperspektive“ scheuen, und wir gleichzeitig, teils aus denselben Herkunftsländern, Menschen für eine Ausbildung in Deutschland anwerben. Dies führt zu

erheblichen Verwerfungen. Es ist nachvollziehbar, dass bei den Menschen, die sich in deinem Schwebezustand ohne echte Perspektive befinden, Frustration breit macht. Gleichzeitig dürfte sich die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber – unfreiwillig – untätig alimentierten Flüchtlingen mit nachvollziehbar hohem Frustrationspotential in Grenzen halten.

Zuletzt sei auf diverse Unternehmen verwiesen, die sich von „der Politik“ bei der Suche nach Arbeitskräften allein gelassen fühlen. Erwähnenswert ist hierbei noch, dass es offenbar gängige Praxis ist, Flüchtlingen, die sich um eine Ausbildung bemühen, unabhängig von der Bleibeperspektive höhere Hürden zu setzen, als den erst im Ausland angeworbenen.

Mit einer Änderung der geschilderten Praxis lassen sich verschiedene migrationspolitische, wie auch davon unabhängige Probleme lösen oder mildern. Erwähnt seien neben der Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen, der Förderung von Integration und selbständiger Lebensführung auch Fachkräftemangel und die Folgen des demografischen Wandels. Selbstverständlich gehört zu diesem Integrationsangebot auch, dass Menschen ohne Bleibeperspektive bzw. Aufenthaltstitel, die sich diesem Angebot verweigern, das Land verlassen sollten.

Unsere Ziele:

Ziel einer modernen Migrationspolitik muss es sein, den Menschen, die zu uns kommen, ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, sofern sie bereit sind, sich in unsere Gesellschaft mit ihren Rechtsnormen und Werten zu integrieren. Dabei ist es ein Gebot der Vernunft, die Hürden zwischen den Migrationsformen abzubauen und zu akzeptieren, dass ein minderjähriger Geflüchteter ebenso eine wertvolle Fachkraft werden kann, wie der Mensch, der für hohe Summen ohne Vorkenntnisse im Ausland angeworben wird.

Dazu sind zügige Verfahren zur Klärung ihres Aufenthaltes zwingend erforderlich. Sollten Menschen kein Aufenthaltsrecht als Flüchtlinge, Asylsuchende o. ä. erhalten, so liegt es in unserem eigenen Interesse, als vom demografischen Wandel erheblich betroffene Gesellschaft, diesen Menschen ein Angebot zu unterbreiten, das ihnen eine Bleibeperspektive und uns eine dringend benötigte Fachkraft sichert.

Der erste Schritt muss in geordneten, zeitlich verlässlich strukturierten Verfahren bestehen. Ist die Entscheidung über den Aufenthaltsstatus gefallen, muss jedem innerhalb einer definierten Frist (z. B. zwei Monate) ein Bildungsangebot nach seinem Bedarf, seinen Vorkenntnissen und auch nach seinen beruflichen Neigungen unterbreitet werden. Die derzeit in Thüringen geltende Ausbildungsduldung zeichnet den weiteren Weg vor, muss aber, sofern das Angebot angenommen wird, auf den Familienkreis, für den ein entsprechendes Angebot, warum auch immer, nicht in Frage kommt, erweitert werden. Es muss jedem, der ein Ausbildungsangebot annimmt, möglich sein, seinen Wohnsitz in Thüringen frei zu wählen. Sollte die Ausbildung nicht ernsthaft verfolgt werden, erlischt damit die Duldung.

Hier ist eine enge Abstimmung mit IHK, Einzelunternehmen, Bildungsträgern und Landesbehörden dringend erforderlich. Nach abgeschlossener Ausbildung ist eine Berufszulassung nach längstens drei Monaten zu erteilen. Angeworbene ausländische Fachkräfte sind in einem verlässlich definierten Zeitraum anzuerkennen bzw. die erforderlichen Prüfungen anzubieten. Hier sollte die Frist sechs Monate nicht überschreiten.

Unsere Ideen:

Es sollte Ziel der SPD sein, die Folgen der Flüchtlingswelle nicht nur abzufedern, sondern in Hinblick auf die Perspektiven für Fachkräftemangel und demografischen Wandel zu einer Erfolgsgeschichte zu machen. Dabei ist es unsere Aufgabe als Volkspartei, einen Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen der Bevölkerung wie der Geflüchteten zu erreichen. Dies kann nur durch eine gelungene Integration der Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen zu uns kamen und eine realistische Perspektive in unserem Land wünschen, gelingen.

Um das oben skizzierte Ziel zu erreichen, bedarf es erheblicher Anstrengungen:

- Eine Weichenstellung im angekündigten Einwanderungsgesetz, das auch eine Integrationsperspektive für Menschen, die bereits im Land sind, enthalten muss
- Ein Umdenken der Landesbehörden: Wer sich ausbilden lassen und hier arbeiten will, dem müssen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten und unter Berücksichtigung aller Qualitätsanforderungen alle Wege geebnet, nicht Hürden aufgebaut werden. Es muss eine Kultur der Möglichkeiten, nicht der Restriktionen implementiert werden.
- Landesbehörden müssen sich auch als Dienstleister bei der Gewinnung von Fachkräften verstehen und dazu zeitlich verlässliche Verfahren für Anträge, Genehmigungen etc. entwickeln.
- Auf kommunaler Ebene muss den Verantwortlichen das Potenzial von Migration besser erklärt werden. Die Folgen und Probleme müssen ernst genommen werden und das Land muss aktiv deren Lösung begleiten und unterstützen.
- Es muss gelingen, gelungene Integrationsbeispiele zu erreichen und zu kommunizieren.

Die SPD war in ihrer Geschichte mehr als einmal darauf angewiesen, dass Länder politisch Verfolgten Asyl gewähren. An dieser Stelle darf es kein Einknicken vor dem vermeintlichen Zeitgeist geben. Dies gilt selbstverständlich analog auch für Kriegsflüchtlinge. Darüber hinaus müssen wir, wollen wir als linke Volkspartei überleben, Probleme wahrnehmen und den Menschen zuhören. Das bedeutet aber eben nicht, vermeintlich einfache Lösungen zu verfolgen. Vielmehr muss es unser Anspruch sein, Wege im Einklang mit unseren Grundwerten, unserer Geschichte und den Anforderungen unserer Zeit zu finden.

18. Verwaltung

VERWALTUNG DIGITAL – MODERN, EINFACH, BÜRGERNAH

Hartmut Schubert

Wo wir stehen:

Unser Ziel ist ein moderner Staat und eine moderne Verwaltung, der sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen, Bürger und der Wirtschaft orientiert. Dazu gehört insbesondere eine Erreichbarkeit von Online-Angeboten jeden Tag und zu jeder Zeit. Wir wollen zudem die öffentliche Verwaltung effizienter machen. Ein hoher Automatisierungsgrad ermöglicht es, Prozesse zu vereinfachen, beschleunigen und sicherer zu machen. Die Verwaltung kann sich so auf die wichtigen Fragen fokussieren und bürgerfreundlicher werden.

Unsere Ziele & Ideen:

- Thüringer E-Government-Gesetz bildet Rechtsrahmen und gibt Fahrplan für grundlegende Aufgaben vor (Servicekonto, elektronische Verwaltungsleistungen etc.)
- konsequente Erweiterung des Angebots an E-Government-Anwendungen notwendig
- starke Nutzerzentrierung bei neuen Angeboten ist oberste Maxime um hohe Akzeptanz und Nutzungsgrade zu erreichen
- bis zum Jahr 2021 wollen wir insgesamt 200 Verwaltungsleistungen, die bisher in Papierform beantragt werden, digitalisieren
- Abteilung „Kompetenzzentrum Verwaltung 4.0“ soll hierzu mit der FIM-Landesredaktion ein Baustein sein
- Prüfung der Vorschriften des Landes auf Vereinfachungen notwendig (z.B. Notwendigkeit des persönlichen Erscheinens sowie des Schriftformerfordernisses)
- Senkung der Verwaltungsgebühren bei elektronischen Verwaltungsleistungen
- Einrichtung eines One-Stop-Governments durch zentrales Portal des Freistaats mit moderner Suchen und Finden-Funktion und Anbindung an den Portalverbund des Bundes
- Einsatz für sichere digitale Identitäten der Bürgerinnen und Bürger um Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung auch in der Digitalisierung zu gewährleisten
- Wichtiger Partner für Schaffung von Online-Angeboten sind die Kommunen - Unterstützung der Kommunen durch das Land
- IT-Dienstleister des Landes und der Kommunen müssen zusammenarbeiten
- Intensive Zusammenarbeit mit den Kommunen im Bereich E-Government und IT durch gemeinsame Projekte fortsetzen (zentrale Basisdienste etc.)
- Fortschreibung von Fördermitteln für Kommunen im Bereich E-Government und IT auch über das Jahr 2022 hinaus (IT-Investitionsprogramm von 500 Mio. € bis 2024)
- Einführung der elektronischen Akte in der Landesverwaltung bis 2022

- Wandel der Arbeitsaufgaben, als auch des Arbeitsumfeldes der Beschäftigten in den Verwaltungen aktiv gestalten
- stärkere Öffnung des Beamtenrechts und der Besoldung für IT-Fachkräfte sowie Schaffung einer eigenen Beamtenlaufbahn; Kooperation mit Hochschulen
- Bündelung der Aktivitäten und Haushaltsmittel zu E-Government, Digitalisierung und moderne Verwaltung 4.0 in einem Ressort ab der kommenden Legislatur
- Gründung eines Innovationslabors für den öffentlichen Sektor (GovLab) zusammen mit der Wirtschaft (z.B. Startups) zur Erprobung neuer Technologien für den Einsatz in der Verwaltung
- Schaffung eines Thüringen WLAN an öffentlichen Plätzen und in/um Gebäuden der Landesverwaltung

19. Protokolle der Regionalforen

GERA, 18.08.2018

Arbeit/Arbeitsmarktreform/Hartz IV (Bericht: Denny Möller)

- Fachkräftesicherung gewährleisten
- Branchentarifverträge/Tarifbindung erhöhen
- Förderpolitik überprüfen und anpassen (Leittarif öffentlicher Dienst)
- Mitbestimmung ausbauen/Gewerkschaften stärken
- Fehler Arbeitsmarktreform klar benennen (grundlegende Reform Hartz IV, sanktionsfreie Grundsicherung)
- Teilzeit/Leiharbeit weitestgehend einschränken
- 30 Stunden-Woche als Vision fordern („arbeiten, um zu leben“)
- Innovationsfähigkeit verbessern
- Befähigungskultur/Selbstbestimmung als Kern der Arbeitsmarktpolitik
- Diskussion über bedingungsloses Grundeinkommen

Bildung (Bericht: Thomas Hartung)

- Unterrichtsausfall minimieren
- Attraktivität des Lehrerberufs erhöhen
- Personalabbaupfad anhalten, mehr Lehrer einstellen (gute Personalausstattung)
- Garantie für Standorterhalt (kleine Schulstandorte im ländlichen Raum)
- Gesamtkonzept digitale Bildung/Ausbildung entwerfen
- Obergrenzen Schülerzahlen für Klassenstärken überprüfen
- Investitionen in Schulinfrastruktur deutlich erhöhen (Sanierungen, technische Ausstattung)
- Schulsozialarbeit ausbauen
- Problem Konkurrenz bei Fachkräften (Erzieher/Lehrer) (Generationenwechsel verschärft Personalmangel)
- Investitionen in Betreuungsqualität (gegenüber Kostenfreiheit vorzuziehen)
- Stundenausfall reduzieren

Gesundheit/Pflege (Bericht: Thomas Hartung)

- gute Ausstattung in Thüringen
- Problem Krankenhausstruktur (öffentliche vs. private Träger)
- Gewährleistung medizinische Versorgung in der Fläche mittlerweile Problem (Ausweg: Medizinische Versorgungszentren mit Außenstellen) („Ruhestandswelle“ bei Allgemeinmediziner, Streichung von Fachärzten aufgrund größerer Einzugsgebiete bei Bedarfsberechnung)
- wohnortnahe medizinische Versorgung als eine der Schlüsselfragen
- Tarifverträge/Flächentarifvertrag Pflege und verbindliche Standards für Mindestpersonalausstattung
- Rekommunalisierung von Krankenhäusern ermöglichen

- Entfernungspauschalen (Land-)Ärzte an Bedarfe des ländlichen Raums anpassen (erhöhen)
- Telemedizin ausbauen
- Prävention/bewusste Ernährung verbessern

Sicherheit (Bericht: Georg Maier)

- mehr Personal/mehr Anwärter bei Thüringer Polizei (Abkehr vom Abbaupfad)
- Gesundheitsmanagement Polizei verbessern
- technische Ausstattung (Digitalisierung) an moderne Herausforderungen anpassen
- Jugendstationen ausbauen
- Personalausstattung Justiz verbessern (Problem Spezialisierung, Ruhestandswelle in der ordentlichen Gerichtsbarkeit)
- Drogenkriminalität gezielt bekämpfen (Schwerpunkt)
- Versammlungsrecht soweit möglich einschränken (Rechtsrockkonzerte), Beratungen für Kommunen ausbauen
- Wirtschaftskriminalität effektiver bekämpfen
- Stärkung Verfassungsschutz (Personalausstattung verbessern)
- Brand- und Katastrophenschutz besser fördern (Anerkennung/Würdigung des Ehrenamts, Investitionen in technische Ausstattung verbessern)

Ländlicher Raum (Bericht: Dagmar Becker)

- strukturelle Probleme im ländlichen Raum gezielt angehen
- Prinzip der Einräumigkeit der Verwaltung aufweichen
- Standortpolitik bei Schulen (kleine Standorte erhalten)
- Thüringenfonds einrichten, um landesweit „Kümmerer vor Ort“ zu finanzieren

GOTHA, 22.08.2018

Arbeit/Arbeitsmarktreform/Hartz IV (Bericht: Diana Lehmann)

- Unternehmen und Gewerkschaften sollten Arbeitsmarktentwicklung positiv begleiten (Betriebsratsinitiative, Vorteile von Flächentarifverträgen)
- Zunehmende Konkurrenz um gute Fachkräfte
- Lohnentwicklung erzeugt Druck auf bestimmte Branchen
- Problem in Thüringen: geringste Einkommen vs. längste Arbeitszeit
- Initiative in Richtung 30 Stundenwoche bei Lohnausgleich?

Ländlicher Raum (Bericht: Robert Geheeb)

- Rückzug des Staates aus der Fläche verhindern
- Kommunale Finanzausstattung verbessern
- Neudefinition von staatlichen Pflichtaufgaben
- Forcierung Breitbandausbau durch kommunale Energieversorger
- WLAN-Hotspots in Dörfern, Innovative ÖPNV-Lösungen entwickeln
- Aktivierung der Bürger durch „Kümmerer“

Digitalisierung/Arbeit 4.o (Bericht: Valentina Kerst)

- Digitalisierung setzt bestimmte Berufsgruppen unter Druck
- Enger Zusammenhang zur Arbeitsmarktpolitik
- Es braucht eine demokratische Vision zur Zukunft der Arbeit
- Nicht nur Chancen, sondern auch Risiken sehen und diese abfedern
- Einführung Maschinensteuer?
- Bei Digitalisierung geht ein Riss durch die Gesellschaft

NORDHAUSEN, 24.08.2018

Ländlicher Raum (Bericht: Dagmar Becker):

- Problem Netz ÖPNV: gegenwärtig von Schülerbeförderung abhängig (Vorschlag: Schulbusse auch für „normale“ Bevölkerung nutzbar machen), gestaffelte Schulanfangszeiten ermöglichen (Reduzierung der Zahl notwendiger Schulbusse)
- Kleinteiligkeit der ÖPNV-Struktur überwinden (regionale/landesweiter Verkehrsverbände), Rufbusse etablieren
- Einsatzbereitschaft von freiwilligen Feuerwehren gewährleisten (Nachwuchskampagne)
- gezielt Bauland für junge Familien bereitstellen
- Leerstandsproblematik in kleineren Kommunen („Abwrackprämie“ für Gebäudeabrisse bei Schrottimmobilen, insbesondere in Ortskernen zur sinnvollen Nachnutzung der Flächen)
- „Dorfkümmerer“ finanzieren
- „rollender Kaufladen“ als Ersatz für aufgegebene Läden in kleinen Kommunen
- zentrale Orte (Grundzentren) stärken (Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge erhalten, gezielt Fördermittel bereitstellen, kommunale Eigenanteile absenken, KFA korrigieren)
- Mindeststandards für öffentliche Daseinsvorsorge festlegen

Innere Sicherheit (Bericht: Dorothea Marx)

- mehr KOBBS (Kontaktbereichsbeamte vor Ort)
- mehr „Streetworker“/Sozialarbeiter in Problembereichen
- Mindeststandards für Ausstattung/Einsatzbereitschaft Polizei, Feuerwehr im ländlichen Raum festlegen

sonstige Themen:

- Rente: doppelte Besteuerung Rente abschaffen
- Glaubwürdigkeit/Vertrauen der SPD wiederherstellen
- soziale Ausrichtung/soziales Profil der SPD stärken
- keine Aufrüstung/NATO-Manöver in Osteuropa
- (selbst-)kritische Aufarbeitung von Fehlern in Regierungstätigkeit (Agenda 2010 u.a.)
- Ausnahmenkatalog ermäßigter Mehrwertsteuersatz überprüfen
- gebührenfreie berufsbegleitende Erwachsenenbildung/Fortbildung ermöglichen berufsbegleitend (inkl. Anrechnung bei Rente)
- digitale Bildung in Lehrplänen besser verankern (Problem: Fachpersonal)

SUHL, 01.09.2018

Thema Arbeit (Bericht: Diana Lehmann)

- Viele Entscheidungen von Bundesebene abhängig, Beschlüsse im Land sollen deswegen konsequent auf Bundesebene getragen werden
- Ziel bleibt die „Entpräkarisierung“ von Arbeit: Abschaffung von Befristungen, Bezahlung nach Tarif, hohe Tarifbindungsquote, höhere Löhne
- In Thüringen soll Letztgenanntes z.T. über das Vergabegesetz erfolgen
- Es soll eine staatlich geförderte Beratungsstelle i.S. Sozialpartnerschaft für die Arbeitnehmerseite geben
- Es soll eine Technologieberatungsstelle geben, die über Veränderungsprozesse und Arbeit 4.0 aufklärt und berät
- Es soll einen Arbeitsmarktbericht, ähnlich dem Thüringen-Monitor, geben
- Wir sollten Hartz IV nicht weiter reformieren oder negieren, sondern überflüssig machen. (Wolfgang)
- Sanktionen sollen abgeschafft, Erziehung, Pflege und sonstige Tätigkeiten anerkannt werden
- Die Sanktionen führen lediglich zu mehr Verwaltungsaufwand und Stigmatisierung, helfen aber nicht aus unverschuldeter Erwerbslosigkeit
- Sanktionen sollen insbesondere bei Kindern entfallen
- Das (vollständige) Azubi-Ticket soll auch für FSJler und BuFdis gelten

Angebot einer separaten Veranstaltung zum Thema durch die Landtagsabgeordneten Eleonore Mühlbauer und Diana Lehmann.

Thema Innere Sicherheit & Justiz (Bericht: Georg Maier)

- Innere Sicherheit ist für die SPD „mehr als nur Polizei“
- Die Anwärtererhöhung und Verbesserung der Bedingungen für Beamtinnen und Beamte ist nicht nur eine Frage der Inneren Sicherheit, sondern auch der guten Arbeit (Stichwort: Beton-Wochenende [Wochenende an dem Polizisten ohne Wenn und Aber frei haben])
- Im HH2020 soll seitens der Fraktion dein Sicherheitspaket verankert werden
- i.S. Polizei soll der Stellenabbaupfad der Landesregierung überdacht oder gestrichen werden, das Gesundheitsmanagement verbessert werden und Verteilung von Polizei insbesondere den Ländlichen Raum berücksichtigen
- Debatte um Existenz und bessere Ausstattung des Verfassungsschutz – überwiegende Mehrzahl der anwesenden für bessere Ausstattung des Verfassungsschutz
- Es soll von Seiten des Staats, der Polizei und der Zivilgesellschaft weiterhin konsequent gegen Rechts vorgegangen werden (insbesondere relativ neue Phänomene, wie Reichsbürger, Identitäre, sonstige Neue Rechte)
- Diskussion um Diskrepanz zwischen tatsächlicher Sicherheit und subjektivem Sicherheitsempfinden
- Kriminalitätsbekämpfung soll auch durch Prävention erreicht werden (Prävention durch Bildung & Soziale Gerechtigkeit)
- Die Justiz im Freistaat soll personell besser ausgestattet werden, um häufigen Verfahrenseinstellungen wegen fehlender Ressourcen vorzubeugen

Thema Bildung (Bericht: Thomas Hartung)

- Der Stellenabbaupfad der Landesregierung soll auch mit Blick auf die Lehrer überprüft oder gestrichen werden
- Defizite bei der Einstellung von Lehrern, insbesondere in den Schulämtern, sollen verringert werden
- Sprengel-Schulen bzw. Kooperationsmodelle sollen durch einen „Lehrer-Pool“ den Unterrichtsausfall eindämmen und die Beschulung in allen Landesteilen ermöglichen
- Es soll geprüft werden, ob Hortner bspw. als „Hilfspädagogen“ (Sport, Schulgarten, Werken) eingesetzt werden können, um ihre Arbeitssituation zu verbessern
- Im Bildungsbereich soll insgesamt eine Entbürokratisierung erfolgen (Anträge für Klassenfahrten u.ä.)
- Das Thema der Förderschulen soll besondere Beachtung bei der Erstellung des Wahlprogramms haben
- MdL Hartung bot an eine separate Veranstaltung zum Thema anzubieten.

Sonstige Themen

- Entschuldung von Gemeinden
- Kultur als Pflichtaufgabe (bei Gemeinden in Haushaltssicherung)

Bei mehreren Themen wurde um die Erstellung von Argumentationspapieren gebeten, die im Kommunalwahlkampf eingesetzt werden können.